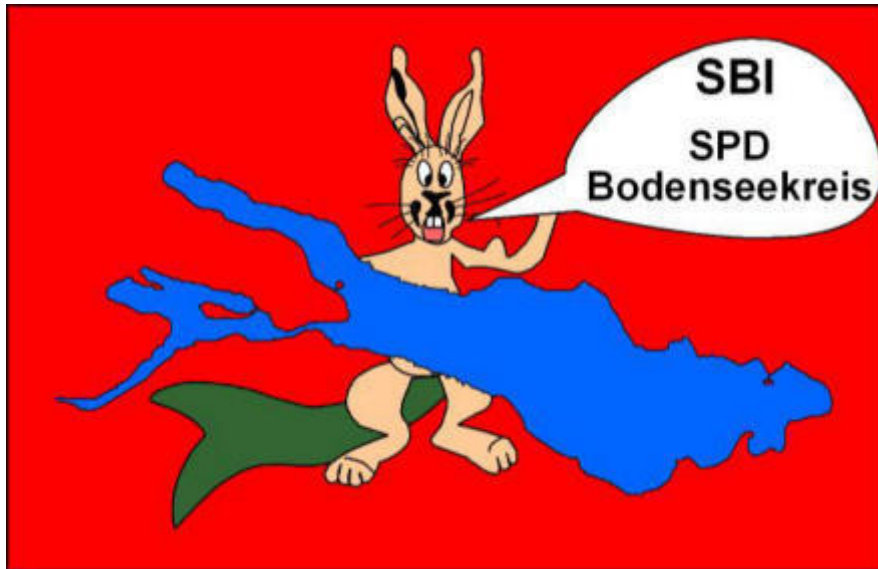


# „Der Rote Seehas“



## Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

### Editorial

Dresden und Karlsruhe sind vorbei. Was zu sehen war, gibt zu Hoffnung Anlass. Die Basis fühlt sich (nicht alle) besser verstanden. Die „nicht alle“ müssen noch überzeugt werden. Dies gelingt nicht durch Worte: viele Versprechungen müssen jetzt eingehalten werden.

In einem fairen Verfahren hat eine überzeugende Mehrheit sich für Nils Schmid in der Mitgliederbefragung entschieden. Die beiden unterlegenen MitbewerberInnen dürften mit dem Ergebnis leben können. Wie verabredet hat sich auch die Mehrheit der Delegierten bei der Wahl dann auch entschieden.

Ein neuer Umgang zwischen den Flügeln könnte der Partei befruchtend zugute kommen. Der Spruch vom Vogel mit gleich guten Flügeln ist gar nicht so übel. So kann er einfach am besten fliegen. Warum sollte die SPD nicht doch noch ihre Flügel zur guten Fortbewegung nutzen?

Mit der Fortbewegung von Schwarz-Grün sieht es da schon ganz anders aus: was da aus der Regierungskoalition zu hören und zu sehen ist, lässt Schlimmes

vermuten. Steuerpolitik, Familienpolitik, Mausechelen – wohin man schaut, man sieht nur Schlimmes. Eine so unverhohlene Klientelpolitik zu Lasten der einfachen Leute ist eigentlich UNVORSTELLBAR.

Frau Merkel schon mal als die große Moderatorin gerühmt, entpuppt sich mehr und mehr als „Gelegenheitsregentin“. Sie agiert nicht, sie reagiert lavierend zwischen FDP und Union und freut sich über Augenblickserfolge.

Heine fällt mir ein: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, Dann bin ich um den Schlaf gebracht, Ich kann nicht mehr die Augen schließen, Und meine heißen Tränen fließen.“

Dann noch der Schlag, den sich die Nachbarn in der Schweiz selbst versetzt haben. Sie brauchen jetzt keine Häme, sie brauchen Verständnis für ihre Ängste. Wir kennen aus der Kommunalpolitik solche Ergebnisse, aus Emotionen geboren. Schon mancher verdiente Bürgermeister verlor sein Amt durch eine „Denkzettelwahl“, die Wähler rieben sich die Augen.

**es grüßt Sie  
die Redaktion**

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

- Wahlergebnisse Bundesparteitag – Wahlergebnisse Landesparteitag - Fahnenaktion vor dem Willy-Brandt-Haus - Ein Europa – eine Stimme! - Banken zur Verantwortung ziehen	S. 2 – 4
- Zu Berichterstattung über Kreismitgliederversammlung des SPD Kreisverbandes Stuttgart am 17.11.2009 und zum Thema Stuttgart 21 - SPD kritisiert Chaos bei Werkrealschule	S. 4 - 6
- Stoppt Atomkraft - Hilde Mattheis stv. Sprecherin Arbeitskreis Gesundheit -	S. 6 - 7
- <b>KV Bodensee – MdL Norbert Zeller:</b> Langenargen: Treuner folgt auf Maas – Immenstaad: Mitgliederbefragung zum SPD Landesvorsitz - "Neue B 31: Politiker machen jetzt Druck"	S. 7 - 9
- Land erkennt Zukunftsthema - Über 1000 Unterschriften für Schulstandort Langenargen"	S. 9 - 10
- Konkrete Maßnahmen für Seeschutz fehlen - Virtuelles Klassenzimmer ersetzt Schule nicht	S. 10-12
- „Unsere Schule stirbt nicht“ – Termine - <b>SBI: SP Kanton St.Gallen:</b> Die SP ist gegen die freie Schulwahl - SP gegen Erweiterung der Ladenöffnungszeiten auf Kosten des Detailhandels	S. 13-14
- Schutz vor Lohndumping muss auch im Kanton SG durchgesetzt werden! - SP enttäuscht vom Voranschlag 2010 - „ .... der werfe den ersten Stein“ – Der Himmel ist weit genug	S. 14-16
- <b>SPÖ Vorarlberg:</b> Jugendwohlfahrt ausbauen - SPÖ-Vorschlag bringt 50 Millionen Euro mehr fürs Land - Jäger möchte verbesserten Gewalt-Schutz für Frauen -	S. 16-18
- <b>Kreis BC- Martin Gerster:</b> „Die SPD ist die Schienenpartei“ - Martin Gerster MdB erhält Sprecheramt - „Verteidigungsminister Jung sollte persönliche Konsequenzen ziehen“ - MdB Gerster erwartet Bürger zur Sprechstunde - <b>BayernSPD: KV Lindau:</b> Verkehrsinfrastruktur im Allgäu weiter zügig ausbauen! - <b>Hilde Mattheis:</b> Hilde Mattheis unterstützt Proteste der Studierenden	S. 18-21
- Hilde Mattheis zu Mitgliederbefragung - Mail an den Roten Seehas – Termine -Abstimmungssonntag in der Schweiz - LACHT, GENOSSINNEN, LACHT! – Links: Landtagsfraktion B-W – Einladung: Gesundheit oder Kopfpauschale - Impressum	S. 21-25

## Weitere Präsidiumsmitglieder der SPD gewählt

Der SPD-Parteivorstand hat heute neun weitere Mitglieder für das SPD-Präsidium gewählt. Gewählt wurden Doris Ahnen (Rheinland-Pfalz), Elke Ferner (Saarland), Heiko Maas (Saarland), Christoph Matschie (Thüringen), Joachim Poß (Nordrhein-Westfalen), **Florian Pronold** (Bayern), **Thorsten Schäfer-Gümbel** (Hessen), **Ralf Stegner** (Schleswig-Holstein), **Ute Vogt** (Baden-Württemberg).

Das SPD-Präsidium setzt sich wie folgt zusammen:

Parteivorsitzender  
**Sigmar Gabriel**

Stellvertretende Parteivorsitzende  
**Hannelore Kraft**  
**Olaf Scholz**  
**Manuela Schwesig**  
**Klaus Wowereit**

Generalsekretärin  
**Andrea Nahles**

Verantwortlicher für die Europäische Union  
**Martin Schulz**

Schatzmeisterin  
**Barbara Hendricks**

## weitere Präsidiumsmitglieder

**Doris Ahnen**  
**Elke Ferner**  
**Heiko Maas**  
**Christoph Matschie**  
**Joachim Poß**  
**Florian Pronold**  
**Thorsten Schäfer-Gümbel**  
**Ralf Stegner**  
**Ute Vogt**

**Britta Erfmann - SPD-Parteivorstand**  
Willy-Brandt-Haus - Referat Frauen / ASF  
Wilhelmstraße 141

## Ergebnisse des Landesparteitags

### Wahlen

**Nils Schmid** wurde mit folgendem Ergebnis zum neuen **Landesvorsitzenden der SPD Baden- Württemberg** gewählt:

Abgegebene gültige Stimmen: 299

Davon stimmten mit Ja: 265

Das sind 88,63 Prozent

Wahlergebnisse **Präsidium** der SPD Baden- Württemberg

(Gültige Stimmen / Ja / Nein / Enthaltungen / Prozent der Ja- Stimmen)

### ***Stellvertretende Landesvorsitzende***

Leni Breymaier (315 / 270 / 35 / 10 / 85,71%)  
Lars Castellucci (314 / 225 / 54 / 35 / 71,66%)  
Elvira Dobrinski- Weiß (313 / 213 / 54 / 46 / 68,05%)  
Hilde Mattheis (313 / 183 / 100 / 30 / 58,47%)

### ***Generalsekretär***

Peter Friedrich (309 / 241 / 46 / 22 / 77,99%)

### ***Schatzmeister***

Karl- Ulrich Templ (311 / 279 / 20 / 12 / 89,71%)

## **Landesvorstand**

Mitglieder des Landesvorstandes (insgesamt 20)

### **1. Wahlgang**

304 abgegebene gültige Stimmen  
Gewählt wurden 14

Ankner, Heidi (87)  
Bednarz, Hendrik (154 - gewählt)  
Binding, Lothar (177 - gewählt)  
Drakul, Petar (170 - gewählt)  
Eisenhardt, Klaus (81)  
Esken, Saskia (45)  
Gaiser, Gerd (94)  
Gebhardt, Evelyne (142)  
Harsch, Daniela (156 - gewählt)  
Heberer, Helen (104)  
Jung, Johannes (162 - gewählt)  
Juratovic, Josip (158 - gewählt)  
Karaahmetoglu, Macit (147)  
Kirgiane- Efremidis, Stella (155 - gewählt)  
Lutz, Udo (173 - gewählt)  
Lutz, Rudolf (184 - gewählt)  
Majer, Thorsten (55)  
Mast, Katja (124)  
Mentrup, Frank (90)  
Pelgrim, Hermann- Josef (161 - gewählt)  
Rebmann, Stefan (108)  
Rolland, Gabi (116)  
Sawade, Annette (106)  
Schaffner, Steffen (90)  
Schwarzelühr- Sutter, Rita (161 - gewählt)  
Spörkel, Ralf (98)  
Stoch, Andreas (187 - gewählt)  
Strauch, Stefan (12)  
Sünder, Claudia (153 - gewählt)  
Teichmann, Gabriele (112)  
Warminski- Leitheüßer, Gabriele (171 - gewählt)  
Wölfle, Sabine (116)  
Zerrinius, Martin (14)  
Zirra, Jana (112)

### **2. Wahlgang**

Gewählt wurden sechs weitere Mitglieder  
310 abgegebene gültige Stimmen

Eisenhardt, Klaus (17)  
Gaiser, Gerd (81)

Heberer, Helen (132 - gewählt)  
Karaahmetoglu, Macit (185 - gewählt)  
Mast, Katja (119)  
Mentrup, Frank (64)  
Rebmann, Stefan (84)  
Rolland, Gabi (127 - gewählt)  
Sawade, Annette (169 - gewählt)  
Schaffner, Steffen (44)  
Spörkel, Ralf (91)  
Strauch, Stefan (3)  
Wölfle, Sabine (156 - gewählt)  
Zerrinius, Martin (9)  
Zirra, Jana (127 - gewählt)

## **Parteirat**

Wahl zum Parteirat (6 Mitglieder)  
303 abgegebene gültige Stimmen

Sagasser, Tanja (179)  
Behnke, Elfriede (154)  
Graner, Jürgen (152)  
Mönikes, Jan (127)  
Weigle, Sebastian (120)  
Schmidt- Kühner, Regina (118)

Binder, Hanna (101)  
Weißkirchen, Gert (101)  
Genchi, Matthias (84)  
Schmidt- Kempe, Beate (69)  
Wichmann, Claus (44)

Weitere Ergebnisse unter: [www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

## **Gewalt an Frauen:**

### **Fahnenaktion vor dem Willy-Brandt-Haus**

*Anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner**:*

Vor dem Willy-Brandt-Haus wurde heute die Fahne mit der Aufschrift „Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt“ gehisst. Gemeinsam haben die Schatzmeisterin der SPD, Barbara Hendricks, die Bundesgeschäftsführerin der SPD, Astrid Klug, und die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner, ein Zeichen gesetzt.

Die bundesweite Aktion ist eine Initiative von „Terre des Femmes e.V. – Menschenrechte für die Frau“ mit dem Ziel, die Öffentlichkeit stärker für das Problem der Gewalt gegen Frauen zu sensibilisieren. Als Partei stehen wir in öffentlicher Verantwortung. Des-

halb sind wir heute dabei. Genauso wie viele weitere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im ganzen Land.

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter, sie ist kein privates Problem. Sie schränkt die persönliche Freiheit von Frauen ein und verhindert ein selbstbestimmtes Leben. Dies gilt in unserem Land ebenso wie in der ganzen Welt.

Frauen sind nicht nur in unserem Land Opfer von Gewalt, besonders häuslicher Gewalt. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung an Mädchen und jungen Frauen. Sie ist kein ‚exotischer Brauch‘, sondern schon, dass ihnen hier oder während einer Ferienreise lange in Europa angekommen. In Deutschland leben schätzungsweise 20.000 Frauen, die diese grauenvolle Prozedur bereits erlitten haben – 5.000 Mädchen in unserem Land sind gefährdet in ihre Heimatregion das Gleiche angetan wird. Wir wollen den Kampf gegen die Genitalverstümmelung fortsetzen und weltweit helfen, Gewalt gegen Frauen zu beenden.

Auch vom höchsten Parlament unseres Landes erwarte ich ein solches Zeichen. Daher werde ich mich dafür einsetzen, dass im nächsten Jahr die Fahne auch vor dem Deutschen Bundestag weht.

Berlin, 24. November 2009

Pressestelle SPD

**Fraktion der  
Sozialdemokratischen Partei  
Europas  
SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament**



## **Ein Europa – eine Stimme!**

Das Europäische Parlament hat heute mit großer Mehrheit den Bericht zur Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) angenommen. Wolfgang Kreissl-Dörfler, außenpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, begrüßte das Ergebnis als klares Plädoyer für eine einheitliche europäische Außenpolitik: „Wir haben den Grundstein für eine wirkliche europäische Außenpolitik gelegt. Europa kann nun mit einer Stimme sprechen! Jetzt kommt es darauf an, das Amt des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik genannten Außenministers mit einer starken Persönlichkeit zu besetzen.“

Die Abgeordneten fordern unter anderem in dem Bericht, dass das Europäische Parlament in Zukunft die Budget- und Kontrollrechte über den neuen Dienst haben muss. Auch die inhaltliche Ausgestaltung des EAD soll basierend auf allen verbindlichen Verträgen und Konventionen fortentwickelt werden. Wolfgang Kreissl-Dörfler dazu: „Hier bedarf es aller Anstrengungen der Europäischen Kommission, des Rates und der Mitgliedstaaten, insbesondere unter

Einbeziehung des Europäischen Parlamentes, zu einem gemeinsamen Ansatz zu kommen! Allerdings muss klar sein:

Der EAD wird eigenständig sein und nicht ein Anhängsel irgendeiner europäischen Institution“.

Europa Aktuell

Nr. 11/2009, 19. November 2009

## **Banken zur Verantwortung ziehen**

Mit einer Art „Testament“ in Form von Notfallplänen für angeschlagene Banken will die EU-Kommission Finanzinstitute bei Misswirtschaft zur Verantwortung ziehen. „Bisher genossen Großbanken in Europa einen Freifahrtschein. Gerieten sie in Schieflage, konnten sie sicher sein, dass der Staat in die Bresche springt. Sie waren für eine Pleite einfach zu wichtig“, erklärt der SPD-Europaabgeordnete und Fraktions-sprecher für Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik, Dr. Udo Bullmann.

Eine Banken-Rettung um jeden Preis soll es in Zukunft nach den Plänen der EU-Kommission nicht mehr geben. „Anstatt das Überleben von Großbanken wie bisher mit Milliarden Steuergeldern zu sichern, werden die Aufsichtsbehörden grenzüberschreitende Notfallpläne für eine mögliche Pleite von Instituten erstellen. Wer dann so schlecht wirtschaftet wie die Hypo Real Estate oder die IKB, riskiert die Abwicklung seiner Bank“, stellt Udo Bullmann klar. Gleichzeitig sollen die Notfallpläne negative Auswirkungen auf die reale Wirtschaft begrenzen.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament begrüßen den Vorstoß. Es müsse jedoch sichergestellt werden, dass es bei der Entwicklung und gegebenenfalls auch bei der Ausführung der Notfallpläne ein gesamteuropäisches Vorgehen gibt. „Derzeit ist noch nicht klar, welche Rolle die neue europäische Bankenaufsicht spielen soll und welche Aufgaben auf die nationalen Aufsichtsbehörden zukommen. Darüber hinaus brauchen wir nicht nur Notfallpläne für Großbanken, sondern für alle Finanzinstitute inklusive deren Investment- und Versicherungsgeschäft“, fordert Udo Bullmann.

Europa Aktuell

Nr. 11/2009, 19. November 2009

## **Zur Berichterstattung über die Kreismitgliederversammlung des SPD Kreisverbandes Stutt- gart am 17.11.2009 und zum Thema Stuttgart 21:**

Stefan Mappus äußerte sich gegenüber dem SWR: „Es wäre sicherlich schwer vermittelbar, wenn Stuttgart 21 teurer als die 4,5 Milliarden Euro wird, dann müsste man darüber reden.“ (SWROnline, 14.11.2009)

Der neue Bahnchef Rüdiger Grube sagte gegenüber der Stuttgarter Zeitung, mehr als 4,5 Milliarden Euro dürfe das Projekt nicht kosten. Das sei die „Sollbruchstelle“. „Es ist meine Pflicht das größte Infrastrukturprojekt Deutschlands noch einmal anzuschauen.“ (Stuttgarter Zeitung, 17.11.2009)

Auf diese beiden Presseäußerungen hatte sich mein Redebeitrag bezogen: „Wir dürfen uns nicht an ein Projekt klammern, das die CDU womöglich schon über Bord geworfen hat.“

Darüber hinaus wird dem SPD-Landesparteitag am 27./28.11.2009 ein Leitantrag des Landesvorstandes zur Verkehrs-Infrastruktur zur Beschlussfassung vorliegen. Darin heißt es unter anderem:

„Das Projekt (Stuttgart 21) muss ein positives Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen. Sollte sich bis zum Jahresende herausstellen, dass die Kosten deutlich über den bislang vereinbarten und finanzierten Beträgen (Investitionskosten zzgl. Risikofonds) hinausgehen, muss das Projekt einer erneuten Prüfung unterzogen werden.“ (Leitantrag des Landesvorstandes zur Verkehrsinfrastruktur, siehe Antragsbuch für den Landesparteitag am 27. / 28. 11.2009 in Karlsruhe, Seite 4).

Zur Schnellbahntrasse Ulm-Wendlingen stelle ich fest: Der Ausbau der Bahnstrecke Ulm-Wendlingen ist im Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf (Laufende und fest disponierte Vorhaben des vordringlichen Bedarfs Schiene Nr. 20, ABS/NBS Stuttgart-Ulm-Augsburg, siehe Bundesverkehrswegeplan 2003, Seite 54). Sie könnte auch ohne Stuttgart 21 ausgebaut werden. Die Koppelung der Schnellbahntrasse an Stuttgart 21 könnte diese durch die Kostenexplosion von Stuttgart 21 auch gefährden.

Die Bahn wird am Jahresende die Prognose für die Kostensteigerung offen legen. Und wenn diese die 4,5 Milliarden Euro überschreitet, wird der Antrag des Landesvorstandes (vorbehaltlich der Bestätigung durch den Landesparteitag) zum Tragen kommen müssen.

19. November 2009

Hilde Mattheis,

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg

## SPD kritisiert Chaos bei Werkrealschule

Bildungsexperte [Zeller](#): „Der heftige Streit zwischen Rau und der FDP macht deutlich, dass die neue Werkrealschule zur Schließung vieler einzügiger Hauptschulen führen wird“

**SPD startet Briefaktion an Schulträger, Schulleitungen und Eltern**

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert heftig das Chaos bei der Umsetzung der neuen Werkrealschule: Zum einen stritten sich Kultusminister Rau und die FDP inzwischen so stark über die Umsetzung, dass den Betroffenen vor Ort vieles unklar sei, sagte der SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Schulausschusses im Landtag, Norbert Zeller. Zum anderen hätten Landesregierung und die Regierungsfractionen CDU und FDP mit ihrem Vorhaben eine große Unruhe unter Eltern und Schulträgern erzeugt. „Da die Kommunen ihre Hauptschulstandorte unbedingt erhalten wollen, entscheiden sich jetzt viele nur unter Druck für die neue Werkrealschule“, sagte Zeller. Viele Schulträger befürchteten zudem das Ende der vielen einzügigen Hauptschulen. Ein Problem sei auch die überaus kurze Zeitspanne bis zur letztmöglichen Anmeldung am 15. Dezember für das kommende Schuljahr. „Die Landesregierung macht hier Politik mit der Brechstange, um ihre bildungspolitische Ideologie durchzusetzen“, sagte Zeller.

Rau und FDP stritten sich vor allem um die Frage, welche Klassen auf unterschiedliche Standorte aufgeteilt werden dürften. Die FDP erwecke öffentlich den Eindruck größtmöglicher Flexibilität, als könnten die Schulträger problemlos die Klassen 8 bis 10 jeweils einzügig auf verschiedene Standorte verteilen. Ihr Fraktionschef wandte sich deshalb sogar an die Kommunen, um dem Kultusminister zu widersprechen. Der wiederum erklärt offen, dass er von dieser Variante nichts halte. Eine solche Aufteilung komme nur in „besonders gelagerten Ausnahmefällen“ in Betracht, heißt es in einer neuen Antwort Raus auf einen Parlamentsantrag der SPD-Fraktion (Drucksache 14/5298). Noch deutlicher: Aus der Praxis seien bisher keine Gründe bekannt, die eine solche Ausnahme rechtfertigten.

„Damit streiten sich Rau und die FDP öffentlich zu Lasten der Schulen darum, wie ein Gesetzentwurf ausgelegt werden kann: Chaos pur“, erklärte Zeller. Letztlich sei klar, dass die Auffassung der FDP in der Praxis keine Bedeutung habe. Dabei habe sie ihre Zustimmung zur neuen Werkrealschule angeblich davon abhängig gemacht, dass das Konzept auf mehrere Standorte verteilt werden könne. Zeller ist gespannt, wie die FDP diesen Widerspruch im Regierungshandeln erklären werde. „Wahrscheinlich ist, dass die FDP öffentlich das eine erklärt und letztlich dann wieder das andere macht“, sagte Zeller.

Sicher sei aber, dass vielen der knapp 800 einzügigen Hauptschulstandorte ohne eine große Flexibilität bei der Bewilligung von Anträgen das Aus drohe. „Der Streit zwischen Rau und der FDP macht deutlich, dass die neue Werkrealschule zur Schließung vieler einzügiger Hauptschulen führen wird“, sagte Zeller. Und: „Die Landesregierung versucht, die kommenden vielen Schließungen zu verschleiern und den Schwarzen Peter den Kommunen zuzuschieben.“ Er

sagte zudem voraus, dass die Lehrerzuweisung für die einzügigen Hauptschulen ab dem Schuljahr 2010/11 gekürzt werden würden.

Das Ergebnis des von CDU und FDP verursachten Chaos sei ein großer Unmut vor Ort. Schulträger, Schulen und Eltern fühlten sich übergangen und beklagten die Restriktionen, die ihnen die Schulverwaltung und die schulgesetzlichen Vorgaben machten. So sammelten in Langenargen Eltern Unterschriften für den Erhalt aller Klassenstufen am wohnortnahen Hauptschulstandort. In Walddorfhäsloch verhinderten die starren Vorgaben des Schulgesetzes, dass die dortige einzügige Hauptschule, die für ihre Arbeit bereits mehrfach ausgezeichnet wurde, kein 10. Schuljahr einrichten kann. Auch die Zukunft der über die Landesgrenzen hinaus bekannten Hauptschule in Altingen ist ungewiss.

SPD-Briefaktion bei Eltern und Schulträgern der Hauptschule

Die SPD-Landtagsfraktion nimmt den großen Unmut der Beteiligten vor Ort zum Anlass, eine Briefaktion an die Schulträger, Schulleitungen und Elternbeiratsvorsitzenden der Hauptschulen im Land zu starten. „Wir wollen deutlich machen, dass bei der neuen Werkrealschule keine Eile besteht und dass sich die Beteiligten die Zeit nehmen, eigene Ideen und Konzepte zu entwickeln“, sagte Zeller. Schulentwicklung sei zu wichtig, als dass sie bis Mitte Dezember und angesichts vielerorts neu zusammengesetzter Gemeinderäte übers Knie gebrochen werden könne. Die SPD biete an, vor Ort die Entwicklungsperspektiven des jeweiligen Schulstandortes zu diskutieren. Außerdem werde sich die SPD für einzelne innovative Schulkonzepte auch im Landtag einsetzen. „Wir wollen CDU und FDP im Landtag dazu bringen, Farbe zu bekennen“, erklärte Zeller.

Stuttgart, 18. November 2009

[Dr. Roland Peter](#) Pressesprecher

## Stoppt Atomkraft Für erneuerbare Energien!

*Am Samstag, 21.11.2009 fand in Ravensburg eine Demo mit ca. 2000 Teilnehmern gegen Atomenergie statt. Die SPD-Kreisverbände: Ravensburg, Bodenseekreis und Biberach waren Mitveranstalter.*

*Rudolf Bindig, früherer MdB im alten Wahlkreis Ravensburg-Bodensee, hielt dort als einer der Redner folgende anhängende Rede.*

Die Anti-Atomkraft-Bewegung ist wachsam. Überall im Land rührt sie sich wieder. Und das ist gut so!

Sehen wir 30 bis 40 Jahre zurück. Damals war die so genannte friedliche Nutzung der Kernenergie gesellschaftlich weitgehend akzeptiert. Nur wenige kritische Stimmen zweifelten und warnten bereits damals

vor den Problemen, die sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft damit einhandeln würden.

In einem langen, mühsamen und teils sehr heftig ausgetragenen kollektiven Lern- und Diskussionsprozess haben wir in Deutschland gelernt, die Nutzung der Atomkraft aus ganz anderem, kritischem Blickwinkel zu sehen.

Da die Politik viele Jahre auf „der Seite der kritiklosen Befürworter“ stand, bedurfte es vieler Aktionen der Anti-Atom-Bewegung um ein neues Bewusstsein zu schaffen. Es sei an die Aktionen gegen die Atomanlagen in Whyll (1975) und Brokdorf (1976), den „Schnellen Brütern“ in Kalkar (1977) und den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (ab 1985) und an die Castortransporte gedacht.

Die vielen Störfälle in deutschen Kraftwerken und die schweren Unfälle in den Atomkraftwerken in den USA (Three Mile Island 1979) und in Tschernobyl (1986) machten mehr und mehr Menschen nachdenklich. Die Bürgerbewegung gegen Atomkraft erhielt wachsenden Zuspruch der Bevölkerung.

Zunächst nur langsam, aber dann immer breiter und auch selbstbewusster setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Nutzung der Atomenergie nicht nur in einer Phase sondern im gesamten Kreislauf ihrer Verwendung unverantwortliche Risiken in sich birgt und enorme Probleme schafft:

bei der Uranförderung und Anreicherung, beim Betrieb der KKW's und bei der Lagerung der radioaktiven Abfälle .

Heute wissen wir alle – oder sollten es wissen,

dass bei der **Uranförderung** gesundheitsgefährdende radioaktive Stoffe frei gesetzt werden und dass in den Fördergebieten Abraumhalden Boden und Grundwasser verseuchen;

dass der **Betrieb** von KKW's unkalkulierbare Risiken durch Störfälle und mögliche Terrorakte beinhaltet und dass selbst der so genannte Normalbetrieb regional gesundheitlich schädliche Auswirkungen hat;

und wir wissen, dass die **Zwischenlagerung**, der **Transport** und vor allem eine dauerhafte **Lagerung** der radioaktiven Abfallprodukte unkalkulierbare Risiken und enorme Kosten erzeugen. Der Zeitraum, in denen eine sichere Lagerung gewährleistet werden muss, ist unüberschaubar und hat in die Zukunft gerichtet eine ähnliche Zeitdimension wie rückwärts gerichtet bis in die Altsteinzeit. Dabei werden nicht nur einige Generationen sondern der ganze künftige Weg der Menschheit belastet. Wer will das verantworten.

So war es nur konsequent und politisch überfällig, dass nach 1998 die neue politische Mehrheit von Rot-

Grün endlich die richtige Konsequenz zog und im Jahre 2000 den verbindlichen Ausstieg aus der Atomenergie mit den Kraftwerksbetreibern vereinbart hat.

Ausgehend von einer Nutzungszeit von 32 Jahren sollten nacheinander alle KKW's abgeschaltet werden, solange bis ca. 2020 das letzte KKW vom Netz gehen sollte. Vielen von uns war dies noch zu wenig, aber alle haben anerkannt, dass damit die Grundweichen der Energiepolitik neu und in die richtige Richtung gestellt worden sind: weg von der Atomenergie hin zu erneuerbaren Energien.

Begleitet von flankierenden Maßnahmen, wie dem Energieeinsparungsgesetz und dem 100000 Dächerprogramm erhielt die Nutzung erneuerbarer Energie einen enormen Schub.

Nur die verbohrten Atombefürwortungsideologen in der CDU und der FDP wollten die Wende in der Energiepolitik nicht wahrhaben. Sie kündigten Widerstand gegen den vereinbarten Atomausstieg an. Der Einfluss der SPD während der Großen Koalition verhinderte zunächst eine Rückwärtswende.

Obwohl eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinter der Atomausstiegsforderung steht, hat sich nun wieder eine politische Mehrheit etabliert, die zur Atomlobbypolitik zurückkehren will. Dieses muss verhindert werden! Man fragt sich wirklich, wer hat die eigentlich gewählt?

Entschiedener Widerstand ist angesagt: in den Parlamenten und in der Gesellschaft. Heute setzen wir hier ein deutliches Zeichen gegen Atomenergie. Weitere Aktionen müssen folgen. Wer selbst nicht willens ist, Vernunft anzunehmen, dem muss Vernunft beigebracht werden.

Wir können auch anders!

21. Nov. 2009

Rudolf Bindig

## **Hilde Mattheis erneut als stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion gewählt**

Bei der heutigen konstituierenden Sitzung der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion wurde Hilde Mattheis erneut zur stellvertretenden Sprecherin gewählt. Sie erhielt acht von neun Stimmen.

Die Arbeitsgruppe Gesundheit besteht aus neuen Mitgliedern, die die SPD-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss vertreten.

19. November 2009

Büro Hilde Mattheis, MdB

## **SPD - Kreisverband Bodenseekreis**



**MdL Norbert Zeller**

### **Vorsitzwechsel bei den Langenargener Sozialdemokraten:**

## **Jens-Hermann Treuner folgt auf Holger Maas**

Jens-Hermann Treuner, Ministerialrat beim Bundesrechnungshof, ist neuer und somit 15. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Langenargen seit dessen Gründung vor 90 Jahren. Die Jahreshauptversammlung der Sozialdemokraten wählte Treuner bei der vor kurzem stattgefundenen Jahreshauptversammlung im Restaurant „Fischerstüble“ zum Nachfolger von Holger Maas, der wegen seines kommunalpolitischen Engagements als SPD-Fraktionsvorsitzender eine Ämtertrennung befürwortete.

Zu Beginn der gut besuchten Veranstaltung blickte Maas auf die zahlreichen Ereignisse in seiner mit Unterbrechungen seit 1987 währenden Amtszeit mit vielen erfreulichen Anlässen zurück. Aber auch weniger erhebende Ereignisse wie die von starken Verlusten gezeichnete zurückliegende Bundestagswahl wurden angesprochen. Die SPD in Langenargen habe sich dennoch, unabhängig von der bundespolitischen Entwicklung, deutlich verstärken können. Verglichen mit dem Zeitpunkt der Amtsübernahme von Holger Maas habe sie ihre Sitze im Gemeinderat verdoppelt und bei der jüngsten Kommunalwahl im Juni um 6,5% zugelegt. Der SPD-Ortsverein dürfe somit als ein gewichtiger Faktor im gesellschaftlichen Leben der Gemeinde Langenargen betrachtet werden. Dies zeige sich nicht nur an den kommunalen Wahlergebnissen, sondern auch am großen Interesse an öffentlichen SPD-Veranstaltungen wie dem alljährlichen Dreikönigstreffen. Maas dankte seinen zahlreichen Mitstreitern für die gute Zusammenarbeit in all den Jahren und wurde von der Versammlung unter lang anhaltendem Beifall aus seinem Amt verabschiedet.

Mit Jens-Hermann Treuner tritt eine Persönlichkeit mit weit reichenden beruflichen und ehrenamtlichen Erfahrungen seine Nachfolge an. Er trat 1971 in Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei. Als Mitglied verschiedener Nord-Süd-Arbeitskreise und Programm-Arbeitsgruppen der SPD war Solida-

ritätsarbeit sein Schwerpunkt mit dem Motto „Wir müssen den Menschen helfen, aufrecht zu stehen, ohne dass sie gehalten werden“ sein. Kommunalpolitische Erfahrungen sammelte er unter anderem als Ortsvereinsvorsitzender und Stadtverordneter in Bad Vilbel/Hessen.



**Vorsitzwechsel bei der SPD: Jens-Hermann Treuner (rechts) ist Nachfolger des langjährigen Amtsinhabers Holger Maas**

Nach einem rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Studium arbeitete Treuner beim Aufbau des Umweltbundesamtes in Berlin mit. Als Abteilungsleiter und Geschäftsführer der „Deutschen Entwicklungsdienst gGmbH“ setzte er sich in vielen Ländern der Dritten Welt für den Ausbau der personellen Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklung solidarischen Lernens ein. Seit 1980 hat er als Mitglied des Bundesrechnungshofes verschiedene Bereiche geführt, immer mit dem Schwerpunkt der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Bundesverwaltung. Zuletzt war er verantwortlich für die Prüfung privatwirtschaftlicher Unternehmen im Besitz des Bundes sowie der Bundesbank und der Finanzdienstleistungsaufsicht. Danach beriet er zwei Jahre lang die Regierung in Kambodscha beim Aufbau einer Finanzkontrolle und bei der Korruptionsbekämpfung. Er ist weiter als Berater für die Entwicklung des öffentlichen Finanzwesens in Vietnam und verschiedenen Maghreb-Staaten tätig.

Mit Beginn der Freistellungsphase seiner Altersteilzeit hat Jens-Hermann Treuner seinen Lebensmittelpunkt in die „Sonnenstube am Bodensee“ verlegt. Als Kandidat für Gemeinderat und Kreistag nahm er aktiv am Kommunalwahlkampf teil. Dies brachte intensive Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunalpolitikern. Seinen Arbeitsschwerpunkt sieht der neue Vorsitzende in einer Konsolidierung der SPD als linke Volkspartei, welche von gut in der Bevölkerung verankerten Ortsvereinen getragen werde. Die Arbeit der von der SPD in Gemeinderat und Kreistag entsandten Vertreter solle tatkräftig unterstützt und möglichst breit öffentlich erörtert und getragen werden.

Die weiteren Vorstandsämter der Langenargener SPD wurden wie folgt besetzt: Stv. Vorsitzender Karl Maier (wie bisher), KassiererIn Uschi Carl (wie bisher) und Schriftführer Daniel Schneider (neu). Die vier Beisitzer Albert Auer, Reiner Künzli, Jürgen Simon und Herbert Tomasi wurden in ihren Funktionen bestätigt. Holger Maas gehört als Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat kraft Amtes weiterhin dem Vorstandsgremium an.

**Andreas Fuchs**

## SPD Ortsverein Immenstaad

Den letzten SPD-Treff leitete diesmal gekonnt und souverän Ernst Deisenberger. Gleich zu Beginn überreichte er einem neuen Mitglied das Mitgliedsbuch, was von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde.

## **Mitgliederbefragung zum SPD Landesvorsitz**

Der große Wunsch der SPD-Basis nach innerparteilicher Demokratie und Mitbestimmung ging recht schnell in Erfüllung. Die Mitglieder wählten, wen sie sich an der Spitze der SPD Baden-Württemberg wünschen. Wer nicht schon per Brief gewählt hatte, konnte im Ortsverein seine Stimme abgeben. Rund ein Drittel unserer Mitglieder machte Gebrauch von der Urnenwahl. Nach lebhafter Diskussion wurde geheim abgestimmt. Am Ende landete bei uns im Ortsverein Hilde Mattheis auf dem ersten Platz, gefolgt von Nils Schmid. Wie wir inzwischen wissen, hatte insgesamt im Land Nils Schmid die Nase vorn. Wir gratulieren ihm herzlich zu seiner Wahl und freuen uns auf frischen Wind in Baden-Württemberg.

## **Risiko Datenschutz**

Zu diesem Thema hatte sich **Herr Ulrich Behnke** dankenswerterweise zu einem Informationsvortrag bereiterklärt. Er ist Mitglied im Berufsverband freier Sicherheitsingenieure, Landesrepräsentant von Baden-Württemberg, Gründungsmitglied der Kooperation Arbeitssicherheit-Umweltschutz-Brandschutz-Arbeitsmedizin und Mitglied im Bundesverband der Datenschutzbeauftragten Deutschlands e.V.

In vielen Beispielen wurden von Herrn Behnke mögliche Risiken aufgeführt:

- Transparente Nachverfolgung des Datenverkehrs im Internet möglich durch IP Traceback,
- Speicherung der Telekommunikations- und Internetdaten seit 2008,
- Fotografieren von Kfz-Zeichen durch die Polizei,

- Steuer-Identifikationsnummer: Ämterübergreifender Abgleich von Daten, Sachbearbeiter können z.B. Vermögensdaten einsehen,
- US-Heimatschutzministerium: Aufweichung des Briefgeheimnisses gewünscht,
- Zusammenführung von drei bisher unabhängigen EU-Instituten zu einer Superbehörde: Aufbau von persönlichen Profilen möglich,
- Datenmissbrauch in sozialen Netzwerken: z.B. Facebook, SchülerVZ, Xing,
- Google Datensammlungen: Speicherung von IP-Adressen, Durchkämmen von E-Mails nach Schlüsselwörtern für die Werbung, Street Views auch von Orten am Bodensee.
- Datenspeicherung über die Homepage von Bundesjustizministerium und Bundeskriminalamt,
- amerikanisches Finanzministerium: greift auf die Bankkundendaten des SWIFT-Servers zu.

Kenntnisreich erläuterte er Einzelheiten des Datenschutzgesetzes und der hier festgelegten Begriffe und Anwendungen.

Zum Schluss wurden viele Fragen zu diesen umfangreichen Informationen gestellt und der Wunsch nach einer Arbeitsgruppe Datenschutz geäußert.

24.11.2009

Irene Demuth

Leserbrief zu

## "Neue B 31: Politiker machen jetzt Druck"

(Südkurier vom 25. November 2009)

Einfacher geht es ja nicht, man braucht nur mehr Geld vom Bund und dann sind alle Probleme mit dem Ausbau der B31 gelöst. An das Geld kommt man heran, indem lt. Hans-Peter Wetzl "alle gemeinsam Druck auf den Bund ausüben", weil, wie wir alle wissen, der Bund entweder viel Geld hat und auch noch den Süden Deutschlands und insbesondere Baden-Württemberg vernachlässigt.

Das erste wäre schön und das zweite stimmt nicht. Die Mittel des Bundes sind begrenzt. Sie werden nach dem von den Ländern vereinbarten "Königsberger Schlüssel" verteilt. Also haben wir im Ländle das Geld, was uns zusteht, es sei denn, der verantwortliche Minister hätte dieses Geld nicht abgeholt, was ihm nicht unterstellt werden soll.

Die "entsprechende Prioritätensetzung", wie sie Lothar Riebsamen zu Recht fordert, kann logischerweise nur vom Land kommen und führt über Planfeststellungsverfahren zu Planfeststellungsbeschlüssen. Da der Bund nicht alle in Baden-Württemberg planfestgestellten Wünsche finanziell befriedigen kann,

wird auf der Bauprogrammbesprechung, die zur Zeit läuft, zwischen Land und Bund festgelegt, für welche Straßenbaumaßnahmen das vorhandene Geld ausgegeben wird. Das heißt, das Land muss die bisherige Prioritätenfestlegung feinjustieren oder grob ausdrückt, planfestgestellte Projekte in der Priorität auch mal herabstufen.

Hoffentlich geschieht dies nicht mit der B 31 neu zwischen Tierheimkreuzung und der ehemaligen Araltankstelle nordöstlich von Überlingen. Übrigens hat für die B31-Trasse zwischen der ehemaligen Araltankstelle und Immenstadt noch nicht einmal die Planfeststellung begonnen, da können den schwarzen Peter im Bundesverkehrsministerium weder Wolfgang Tiefensee noch sein Nachfolger Peter Ramsauer ziehen.

Wie wäre es mit gemeinsamem Druck auch mal auf das Land, so wie es der SPD-Landtagsabgeordnete Norbert Zeller seit Jahren fordert?

26.11.2009

Dietram Hoffmann

### Chance für Elektromotoren auf dem See:

Zeller:

## Land erkennt Zukunftsthema

„Das Land erkennt nun endlich das Zukunftsthema „Elektromotoren und alternative Antriebstechniken auf dem Bodensee“, freut sich der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, über die Antwort der Landesregierung auf seine kleine Anfrage vom Oktober. Zeller setzt sich seit Jahren aus Umweltschutzgründen für die Verwendung von Elektromotoren im Freizeitbereich und der Sportschifffahrt auf dem Trinkwasserspeicher Bodensee ein. Bisher sei er eher der Rufer in der Wüste gewesen, meint der Häfler, doch nun scheint das Land zumindest einen ersten Schritt in die richtige Richtung zu tun, indem es den Vorteil der alternativen Antriebstechniken anerkennt.

Hemmnisse seien die noch geringen Reichweiten und hohen Gewichte alternativer Antriebe, sagt die Landesregierung. Hier werde aber an Lösungen gearbeitet. Für einen flächendeckenden Einsatz alternativer Antriebskonzepte müssten diese zunächst zu massenmarktfähigen Produkten weiterentwickelt werden, so der Wirtschaftsminister in seiner Antwort an Zeller. Genau hier sieht Zeller die Aufgabe des Landes: es muss die Wirtschaft hier unterstützen und nicht nur schöne Worte verbreiten, fordert Zeller. Er wollte wissen, welche unterstützenden Initiativen vom Land ergriffen werden, um eine Entwicklung hin zum verstärkten Einsatz von Elektromotoren und alterna-

tiven Antriebstechniken auf dem Bodensee voranzubringen.

Dazu hat er aber keine konkrete Antwort erhalten, sondern lediglich den Hinweis, dass die Landesregierung die Aktivitäten zur Gründung eines Helmholtz-Instituts für Elektrochemische Grundlagen der Energiespeicherung an den Forschungszentren in Karlsruhe und Ulm und den Auf- und Ausbau der Batterieforschungszentren Nord und Süd in Deutschland unterstützt. Bei Brennstoffzellen sieht das Land einen wichtigen Beitrag zur Reichweitenverlängerung und Alltagstauglichkeit von elektrisch angetriebenen Booten, heißt es in der Antwort des Wirtschaftsministers an Norbert Zeller. Hier seien im Land gute Ausgangsbedingungen für eine geschlossene Wertschöpfungskette vorhanden, so Minister Rech.

Verwiesen wird von ihm auch auf ein „Bodensee-Projekt“ des „Nationalen Innovationsprogramms Wasserstoff und Brennstoffzellen (NIP) des Bundes. Das Land Baden-Württemberg unterstütze dieses Leuchtturmprojekt mit dem Ziel im Bodenseeraum den potentiellen Startmarkt für frühe Brennstoffzellen-Markteintritte im Land zu generieren. Gefördert würde dazu ein Kompetenzteam aus fünf Schlüssel-Institutionen, um bereits vorhandene Projekt-Initiativen voranzubringen. Keine befriedigend konkrete Antwort erhielt Zeller auf seine Anfrage, welche Vorstellungen die Landesregierung hat, um wirksame Anreize zu schaffen für den Umstieg auf umweltfreundliche Motoren und Antriebstechniken. Hier meint der Wirtschaftsminister, dass dies der Markt langfristig regeln werde. Zeller aber ist der Ansicht, dass hier das Land eine Vorreiterrolle einnehmen sollte und Mittel zur Förderung des Umstiegs zur Verfügung stellen müsste.

26.11. 2009

Büro Norbert Zeller, MdL

**Norbert Zeller:**

## **„Über 1000 Unterschriften sind ein deutliches Zeichen für den Schulstandort Langenargen“**

„Die Überreichung von über 1000 Unterschriften an Bürgermeister Müller ist ein deutliches Zeichen für den Erhalt des Hauptschulstandorts in Langenargen“, so der Vorsitzende des baden-württembergischen Schulausschusses Norbert Zeller. Damit sei das erforderlich Quorum von ca. 619 Unterschriften für ein Bürgerbegehren weit überschritten worden.

Bislang hat Langenargen neben einer Grundschule auch eine Hauptschule, „in der gute Arbeit geleistet werde“. Der Gemeinderat hatte beschlossen, die Hauptschule ab dem kommenden Schuljahr aufzulösen und die Schülerinnen und Schüler nach Kreßbronn zu schicken. Diese Entscheidung soll nun

durch das Bürgerbegehren rückgängig gemacht werden. „Mit dem klaren Votum haben sich viele Bürgerinnen und Bürger für ihre Hauptschule ausgesprochen und damit ein Stück gelebte Demokratie praktiziert“.

Zeller hält das neue Werkrealschul-Konzept der Landesregierung ohnehin für einen Etikettenschwindel. Schon bisher bestehe ein Angebot für Hauptschüler das 10. Schuljahr und damit den mittleren Bildungsabschluss zu machen (9+1). Bei der Einführung des neuen 6jährigen Bildungsgangs kommen die Schüler nicht automatisch von der 9. in die 10. Klasse. Sie brauchen dazu einen Notendurchschnitt in den Hauptfächern von 3,0. „Diese Regelung gibt es weder im Gymnasium noch in der Realschule“, kritisiert Zeller. Damit wird der schwächere Teil der Schüler zu Bildungsverlierern abgestempelt, wenn sie vorzeitig (10-1 Schuljahre) ihren neuen Hauptschulabschluss ablegen.

Nach Ansicht des Bildungsexperten können auch einzügige Hauptschulen ein tragfähiges Angebot entwickeln mit dem Ziel eines mittleren Bildungsabschlusses neben dem Hauptschulabschluss. Individuelle Förderung gelinge an solchen Schulen in ausgezeichneter Weise.

Langenargen sei auch im Bemühen um den Erhalt des Schulstandortes nicht alleine. Zahlreiche Gemeinden im Lande halten an ihrer Hauptschule fest. Auch der zeitliche Druck, der von Seiten der Schulverwaltung erzeugt wurde, habe vor allem für viele neue Gemeinderäte eine abgewogene Diskussion nicht zugelassen. Die betroffenen Eltern und Schüler wurden erst recht nicht in die Entscheidung einbezogen.

Bildungsexperte Zeller geht nun davon aus, dass vor dem Bürgerbegehren Anfang nächsten Jahres eine intensive und umfassende Meinungsbildung in der Bürgerschaft stattfindet und alles getan wird um ein gutes Bildungsangebot in Langenargen zu halten bzw. weiter zu entwickeln.

Die Entscheidung der Langenargener für ihre Schule verhindere nicht eine konzeptionelle Weiterentwicklung in Kreßbronn. „Kreßbronn hat mit den beiden Schularten Hauptschule und Realschule unter einen Dach ungeahnte Kooperations- und Integrationsmöglichkeiten“, betont Zeller abschließend.

27.11.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

**Ministerantwort an Norbert Zeller:**

## **Konkrete Maßnahmen für Seeschutz fehlen**

Leider keine konkrete Antwort auf seine parlamentarische Initiative in Sachen Gewässerschutz und Re-

naturierung des Bodenseeufer hat der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller MdL, aus dem Umweltministerium erhalten. Ministerin Tanja Gönner hatte bei den Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der Internationalen Gewässerschutzkommission Bodensee (IGKB) sich jüngst dafür stark gemacht, dass „rund um den See ein „Grünes Band“ entstehen solle, das zusammenhängende und intakte Lebensräume für Pflanzen und Tiere bietet, und die bisher zwar kaum messbaren Medikamentenrückstände, die das sensible Ökosystem im See aber dennoch beeinflussen können, zu verringern. Daraufhin hatte Norbert Zeller gefragt, wie konkrete Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele bei der Landesregierung aussehen und welche aktiven Schritte nun geplant sind.

„Leider ist bis auf die bereits bekannten Abschnitte, die am See im Renaturierungsprogramm schon enthalten sind, nichts Neues aus dem Schreiben zu entnehmen“, bedauert Zeller. Dass der mtu-Uferweg in Friedrichshafen-Seemoos bei der Renaturierung dabei ist, freut ihn. Denn verbunden damit erhöhen sich nun die Chancen für den Spazierweg vor dem mtu-Firmengelände erheblich. Von einem direkten Zeitplan zur Umsetzung ist es aber noch ein Stück Weges, meint der SPD-Abgeordnete, dem gegenüber bei einem kürzlich stattgefundenen Vor-Ort-Termin erstmals ein positives Signal von Seiten mtu zum seit Jahrzehnten geplanten Uferweg gegeben wurde.

Ministerin Gönner halte sich aber mit konkreten Aussagen bezüglich der Weiterentwicklung im Gewässerschutz am See sehr zurück, müsse Zeller aus der Beantwortung seiner kleinen Anfrage entnehmen. Es werde dabei auf die kontinuierliche Beobachtung des See-Zustandes und der Sicherung des bisher Erreichten und dabei das hohe Niveau der Kläranlagen mit laufenden Modernisierungen verwiesen. Die Regenwasserbehandlung müsse weiter modernisiert werden und im Bereich der Spurenschadstoffe in ausgewählten Kläranlagen Aktivkohleadsorptionsstufen großtechnisch realisiert werden, mit denen Arzneimittel weitgehend ausgefiltert werden, so Gönner. Dabei sind der Abwasserzweckverband Marialtal (Ravensburg) der Abwasserzweckverband Kressbronn-Langenargen und die Kläranlage Espasingen, deren Ergebnisse die Effizienz dieser Technologie verifizieren sollen, so die Umweltministerin.

In Sachen Klimaerwärmung und deren Auswirkungen auf den Bodensee verwies die Ministerin auf laufende Forschungsprojekte, um geeignete Anpassungsstrategien zu entwickeln. Klar erkannt sei, dass die Klimaerwärmung die thermischen Schichtungs- und Durchmischungsvorgänge im See beeinflusse. Wenn in tiefen Schichten wenig Sauerstoff vorhanden ist, könnten Nährstoffe nur unzureichend abgebaut werden. Dann bestehe die große Gefahr, dass sich Schad- und Nährstoffe, die im Sediment eingelagert sind, zurücklösen und in den Wasserkreislauf des

Bodensees gelangen. Deshalb sei an einer Minimierung der Belastung mit Nähr- und Schadstoffen festzuhalten, so Gönner in der Antwort an Norbert Zeller.

30.11.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

## **Zeller stellt Antrag zu e-learning** **Virtuelles Klassenzimmer** **ersetzt Schule nicht**

Auf Initiative des Abgeordneten der Bodenseeregion Norbert Zeller SPD hatten die Bildungspolitiker seiner Fraktion das T-City-Unternehmen in Friedrichshafen besucht und sich nach den Anwendungen im Bildungsbereich erkundigt. Direktes Ergebnis dieser Information in Friedrichshafen ist nun ein an die Landesregierung gestellter Antrag, in dem die SPD-Fraktion Auskunft darüber einfordert, wie der Stand der internetbasierten Lernplattformen in den Schulen des Landes ist.

„Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationsmedien ist für die jungen Menschen heute selbstverständlich und gewinnt auch für die Arbeit an den Schulen an Bedeutung“, weiß Zeller, der selbst als Lehrer an der Pestalozzi- und der Merianschule arbeitet. Nachdem Computer heute zur Grundausstattung der Schulen gehören, steigen auch die Möglichkeiten des E-Learnings, insbesondere der internetbasierten Lernplattformen. Im „virtuellen Klassenzimmer“ können über das Internet räumlich oder zeitlich voneinander getrennte Schüler und/oder Lehrer miteinander verbunden werden.

Der nun aktuell gestellte Antrag soll einen Überblick über die derzeitige Verbreitung internetbasierter Lernplattformen in den Schulen Baden-Württembergs geben, Chancen und Risiken dieser Form des Lernens abwägen sowie die Planungen der Landesregierung beleuchten. Für die SPD-Fraktion können internetbasierte Lernplattformen den Lernprozess junger Menschen sinnvoll ergänzen und unterstützen. Sie können aber nicht die „klassische“ Kommunikation, Unterrichts- und Beziehungsarbeit in den Schulen ersetzen, stellt Norbert Zeller fest. Als Einwohner und Bildungspolitiker in der T-City-Stadt Friedrichshafen aber sind wir hier vor Ort in einer besonderen Situation.

Die Landesregierung muss nun innerhalb der Drei-Wochen-Frist Auskunft darüber geben, wie viele Schulen im Land mit internetbasierten Lernplattformen arbeiten, welche Erfahrungen dort gemacht wurden, welche Risiken und Chancen diese neue Form des Lernen aufweist, welche Beitrag diese Lernform leisten kann, um den hierzulande ausgeprägten Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft zu mildern. Eine Klärung will der Bildungsexperte Zeller auch auf seine Frage, ob es zutrifft, dass das Land eine Lizenz für das von T-Systems entwickelte „Edunex“ erwerben will und

welche Kosten für Land, Schulträger und Schulen zukommen und wie dafür die Landesunterstützung aussieht. Auch soll das Land erklären welche Maßnahmen der Lehrerfortbildung ergriffen habe bzw. ergreifen wird. „Wir sind sehr für moderne Lern- und Lehrmethoden“ so Zeller, „doch klar ist, dass diese Form nicht den persönlichen Kontakt an der Schule zwischen Lehrer und Schüler ersetzen kann.

02.12.2009

Büro Norbert Zeller, MdL

## Ortsverein Meersburg

### Nächste Runde Sommertalschule

### „Unsere Schule stirbt nicht“

**Meersburg, 30.11.2009.** Wie schon im April befasste sich der Ortsverein Meersburg mit der Situation der Sommertalschule. Ziel war es, Impulse für den Erhalt der Schule zu geben, da der Antrag auf die Einrichtung eines zehnten Schuljahrs erfolglos war. Rektor Ritter und sein Konrektor Fitz nahmen ebenso wiederum teil wie der Landtagsabgeordnete Norbert Zeller (SPD, Vorsitzender des Schulausschusses im Landtag).

Vorsitzender Klaus Pimiskern diesmal auch Meersburgs Bürgermeister Martin Brüttsch und Bürgermeister Frank Lemke aus Daisendorf, Gemeinderäte aus Meersburg und Daisendorf, Eltervertreter und Eltern begrüßen. Das Problembewusstsein hat nun eine breitere Öffentlichkeit ergriffen.

Die Landesregierung will die einzügige Hauptschule zur Ausnahme machen. Zweizügige Hauptschulen sollen zur neu eingeführten Werkrealschule umgewandelt werden. Somit wird es in Zukunft mindestens drei mittlere Bildungsabschlüsse geben: Werkrealschule wie bisher, Werkrealschule neu und Realschule. Es wird befürchtet, dass die Eltern, nachdem die Schulbezirke aufgelöst werden, ihre Kinder auf eine (Werk)realschule schicken, wie z. B. in Markdorf, was bessere Chancen bei der Berufswahl bedeutet.

Die Meersburger Hauptschule kann sich mit ihrem Bildungsangebot neben den zweizügigen Schulen durchaus sehen lassen: umfangreicher Berufswahlunterricht, Ganztagsbetreuung, das einzigartige Musische Profil, die Schülerzeitung „Pfiff“, die schon mehrfach ausgezeichnet wurde.

Wolf Seitz, Lehrer i. R., stellte die Vorstellungen des SPD-Ortsvereins vor. Falls die Schüler zu anderen Schulen wechseln, die den mittleren Bildungsabschluss anbieten, sieht er die Gefahr des Ausblutens, der Schließung und letztendlich der Verödung des Schulstandorts Meersburg. Dabei sind die Bildungspläne für die Hauptschule und für die Werkrealschule identisch.

Die SPD fordert deshalb die Einrichtung eines zehnten Schuljahrs (also mit Realschulabschluss) in der Sommertalschule neben dem Hauptschulabschluss. Dies würde den Erhalt der Schule sichern.

Wegfallende Schülerbeförderungskosten, keine weiten Wege, Schule in vertrauter Umgebung wären die Vorteile.

Im Oktober verabschiedete der Gemeinderat Daisendorf eine Resolution zugunsten der Hauptschule Meersburg und ihrer Beibehaltung mit allen Kräften. Die Gemeinderätin Petra Borchert las diese Resolution vor und bat um Unterstützung auch der anderen Verbandsgemeinden. „Der Meersburger Gemeinderat wird sich ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen“ stellte der Meersburger Gemeinderat Winfried Wodsak fest auch stünden die Gemeinderäte voll hinter der Hauptschule.

Norbert Zeller lobte die „ausgezeichnete Arbeit“ der Sommertalschule und stellte fest, dass kein Grund zur Hektik bestehe. Nicht Antragsfristen wie angeblich der 15.12.2009 seien wichtig. „Es besteht kein Zeitdruck! Alle Beteiligten sollten Überlegungen für ein tragfähiges Konzept entwickeln und Kooperationsmöglichkeiten suchen. Er ist sicher: „Das Bildungssystem in Baden-Württemberg wird nach der Landtagswahl 2011 gekippt.“

Eine lebhafte Diskussion schloss sich an.

Auf die Frage der Leiterin des Droste-Hülshoff-Gymnasiums, Frau Brunke-Kullik, nach einer Kooperation zum Beispiel mit der Wiestorschule Überlingen, antwortete. Rektor Ritter, die Meersburger Hauptschule wäre dort nur der Juniorpartner. Dies würde erhebliche organisatorische Probleme verursachen.

Rektor Ritter sieht die Lage noch recht gelassen. Die Schülerzahl sei zurzeit leicht gestiegen. „Hundert Hauptschulen sollen übrig bleiben, wir wollen eine davon sein.“ Da der Antrag auf Einrichtung eines zehnten Schuljahres abgelehnt worden ist, besteht laut Konrektor Fitz derzeit keine Chance, für die Schule mit mittlerem Bildungsabschluss. „Wir wollen unsere Schule so lange wie möglich erhalten, um nach der Landtagswahl eventuell andere Perspektiven zu sehen. Die Eltern sollen wissen: „Unsere Schule stirbt nicht.“

Karl-Heinz König

## Termine:

**14.12.2009**

**Kreisvorstandssitzung (geplant)**

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

Parteiöffentlich

# Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)



Sozialdemokratische Partei  
Kanton St. Gallen

## SP Kanton St.Gallen

### Die SP ist gegen die freie Schulwahl

Anfangs November 2009 hat die Elternlobby zusammen mit den Jungfreisinnigen die Initiative zur freien Schulwahl auf der Oberstufe eingereicht. Die Fachkommission Bildung der SP St.Gallen erteilt der freien Schulwahl und der einhergehenden staatlichen Förderung von Privatschulen eine deutliche Absage.

Die SP ist überzeugt, dass wir zur gut funktionierenden Volksschule im Kanton St. Gallen Sorge tragen müssen und diese nicht mit unnötigen Experimenten gefährden dürfen. Sie ist weiter der Meinung, dass unsere Kinder und Jugendlichen dort beschult werden sollten, wo sie auch ihr soziales Umfeld finden, nämlich in den eigenen Dorf- und Quartierschulen. Die freie Schulwahl fördert einen unnötigen Schultourismus und gefährdet den sozialen Zusammenhalt bereits in der ersten Lebensphase.

Unsere Schulen müssen sich auf ihre Aufgaben im Bereich der Bildung und Erziehung konzentrieren können und sollen ihre Kräfte und Mittel nicht im Wettbewerb mit anderen Schulen und im Marketing aufreiben.

Auch ist die SP der Ansicht, dass die Idee der freien Schulwahl auf das Bildungssystem kostentreibend wirkt und der Kanton gezwungen würde, alle möglichen und unmöglichen pädagogischen Systeme finanziell zu unterstützen. Eine „Veramerikanisierung“ unseres Schulsystems ist unbedingt zu verhindern.

#### Weitere Auskünfte

16.11.2009 o Donat Ledergerber, SP Kantonsrat  
o Elsbeth Schrepfer, SP Kantonsrätin

### SP gegen Erweiterung der Ladenöffnungszeiten auf Kosten des Detailhandels

**Die SP-Fraktion lehnt die Vorlage zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten ab. Auch vom Voranschlag 2010 ist die SP wenig begeistert. Die Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen sowie die Einnahmehausfälle aufgrund der Krise setzen die kantonalen Finanzen unter erheblichen Druck.**

Wil SG – Die SP-Fraktion hat am Samstag die Geschäfte der kommenden Session beraten. Die SP wird sich insbesondere für zusätzliche Mittel für die Prämienverbilligung stark machen, denn der III. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Grundproblem bleibt bestehen: „Der Kanton stellt viel zu wenig Mittel zur Prämienverbilligung zu Verfügung. Die Prämien für die Krankenversicherungen steigen im nächsten Jahr massiv an und werden für viele Familien unbezahlbar“, argumentiert die SP-Fraktionspräsidentin Barbara Gysi. „Der Kanton darf sich gerade in der Krise nicht aus seiner sozialen Verantwortung stehlen.“

#### Zusätzliche Massnahmen gegen die Krise

Die Erhöhung der Prämienverbilligung würde der Bevölkerung gerade in Zeiten der Krise zusätzlichen finanziellen Spielraum ermöglichen. Mit einem Massnahmenpaket fordert die SP weitergehende Beiträge der Regierung gegen die Wirtschaftskrise. Es braucht beispielsweise vermehrte Anstrengungen zur Förderung erneuerbarer Energie. Auch in der Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern wird die SP Massnahmen einfordern. Ausserdem wird die Regierung eingeladen, zusätzli-

che Stellen für Steuerkommissäre zu schaffen, um mit besseren Kontrollen zusätzliche Einnahmen zu generieren.

### **Keine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten**

Die Vorlage zum Ladenschlussgesetz stösst bei der SP-Fraktion generell auf Ablehnung. „Eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten bis 20.00 Uhr bringt keine zusätzlichen Einnahmen und verschärft die teils eh schon prekären Arbeitsbedingungen im Detailhandel“, stellt SP-Kantonsrat und Gewerkschafter Peter Hartmann klar. Die SP wehrt sich gegen eine zusätzliche Belastung des Personals. Die Befürworter der Vorlage aus dem bürgerlichen Lager vertreten die Anliegen des Detailhandels ungenügend. Diverse Detailhändler sprechen sich nämlich klar gegen die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten aus.

### **Kein neues Sparpaket!**

Im Hinblick auf das Budget 2011 sind die vorschnelen Vorgaben der Finanzkommission völlig unverantwortlich. Die Finanzkommission verlangt einen ausgeglichenen Voranschlag mit gleich bleibendem Steuerfuss und will den Bezug aus dem Eigenkapital auf 150 Millionen Franken begrenzen. Angesichts neuer finanzieller Verpflichtungen, die auf den Kanton zukommen (z.B. in der Pflegefinanzierung) ist dieses Vorhaben unhaltbar und entbehrt jeglicher sachlicher Argumentation.

#### **Weitere Auskünfte**

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

### **Communiqué SP-Kantonsratsfraktion des Kantons St.Gallen**

## **Der Schutz vor Lohndumping muss auch im Kanton St.Gallen durchgesetzt werden!**

*Die SP-Fraktion verlangt mit einer Dringlichen Interpellation, dass sich der Kanton gegen Lohndumping im Kanton St.Gallen zur Wehr setzt. Dass die Tripartite Kommission, welche die Orts- und Branchenüblichkeit der Löhne kontrolliert, erst interveniert, wenn die Löhne von den Vergleichslöhnen 20% gegen unten abweichen, ist für die SP nicht tolerierbar!*

Die Schweiz leidet unter der Krise. Betroffen sind vor allem Arbeitnehmende durch Arbeitsplatzabbau und die Konkurrenz im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens. Im Kanton St.Gallen kontrolliert die Tripartite Kommission, im Rahmen der Umsetzung der flankierenden Massnahmen der bilateralen Verträge die Orts- und Branchenüblichkeit der Löhne. Diese Kommission hat nun mit Mehrheitsentscheid

eine weitere massive Gefährdung der Anstellungs- und Lohnbedingungen für die Arbeitnehmenden im Kanton St.Gallen beschlossen: „Die Kommission interveniert bei Verstössen gegen die flankierenden Massnahmen erst dann, wenn bei den Löhnen eine sogenannte Toleranzgrenze unterschritten wird. Konkret bedeutet dies, dass damit Löhne weit unter den Vergleichslöhnen möglich werden, ohne dass die Aufsichtsbehörde einschreitet“, weiss SP-Kantonsrat Peter Hartmann. In anderen Kantonen, wie beispielsweise im Kanton Zürich, ist es selbstverständlich, dass die Vergleichslöhne als Massstab für den Missbrauch gelten.

Zudem weigert sich der Kanton St.Gallen, branchenübliche Mindestlöhne in einem Normalarbeitsvertrag allgemeinverbindlich zu erklären. Hier setzt er wiederum ein unverbindliches Mass von Löhnen unter der Toleranzgrenze voraus, bis er eine Allgemeinverbindlichkeit in Betracht zieht. Diese Untätigkeit öffnet Lohndumping Tür und Tor und ist für die SP-Fraktion inakzeptabel!

Dass Exponenten der Industrie- und Handelskammer (IHK) den Schutz der Arbeitnehmenden gemäss den flankierenden Massnahmen bei ihrer Arbeit in der Tripartiten Kommission torpedieren wollen, war zu erwarten. In der Tripartiten Kommission ist jedoch die Stellungnahme der Vertretung der öffentlichen Hand entscheidend. Sie trägt die Verantwortung für die erhebliche Gefährdung der bilateralen Verträge.

Die SP-Fraktion bittet die Regierung in ihrer Dringlichen Interpellation um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, dass der Kanton St.Gallen neu eine Abweichung von den Vergleichslöhnen von 20% gegen unten zulassen will?
2. Wie begründet die Regierung, dass die Vertretung der öffentlichen Hand einer solchen Toleranzgrenze, die Lohndumping geradezu herausfordert, zustimmt?
3. Die Medienmitteilung des Kantons spricht von 20% der ausländischen und 10% der inländischen Firmen, bei denen Löhne als „unüblich tief beurteilt wurden“. Finden die Verständigungsgespräche bei Unterschreitung der Vergleichslöhne oder der Referenzlöhne, die anscheinend 20% tiefer sind, statt?
4. Wie viele Löhne lagen bei den überprüften Firmen nach der bisherigen Praxis unter den Vergleichslöhnen? Welche Branchen sind hauptsächlich betroffen?
5. Wie viele Fälle mit Lohndumping sind nach Ansicht der Regierung notwendig, bis sie auf Antrag der Tripartiten Kommission Mindestlöhne erlassen will?

6. Ist sich die Regierung bewusst, dass sie damit das Lohndumping fördert, die Interessen der Arbeitnehmenden beeinträchtigt und ganz direkt die Arbeitslosigkeit fördert, da Leute mit tieferen Löhnen bevorzugt werden.
7. Wie beurteilt die Regierung die Sprengkraft des offensichtlichen Lohndumpings bezüglich der Akzeptanz der bilateralen Verträge in der Bevölkerung?
8. Wie setzt die Regierung die erhöhten Anforderungen nach der per 1.1.2010 geänderten Entsendeverordnung um?

St.Gallen, 30. November 2009

Rückfragen bitte an:

Peter Hartmann, SP-Kantonsrat  
Barbara Gysi, SP-Fraktionspräsidentin  
Dario Sulzer, Politischer Sekretär

**Communiqué SP-Kantonsratsfraktion  
des Kantons St.Gallen**

## **SP enttäuscht vom Voranschlag 2010**

**Der kantonale Voranschlag ist zu einem kleinen Sparpaket verkommen. Gerade in Zeiten der Krise sollte das Budget dämpfend auf die Krise wirken und die Einkommen der tiefen und mittleren Einkommen stärken. Leider hat der Kantonsrat ein gegenteiliges Zeichen gesetzt.**

St.Gallen – Der Kantonsrat hat heute den Voranschlag 2010 behandelt.

Fraktionspräsidentin Barbara Gysi bilanziert: *„Aufgrund der gemachten Steuergeschenke der letzten Jahre hat der Kanton St.Gallen ein Einnahmenproblem. Dies führte dazu, dass der Voranschlag zu einem Sparpaket verkommen ist, welches die Folgen der Wirtschaftskrise zu wenig bekämpft.“*

### **Keine Massnahmen gegen die Krise**

Leider hat es der Kantonsrat verpasst, zusätzliche Massnahmen gegen die Krise zu treffen: So hat es der Rat abgelehnt, eine SP-Motion für dringlich zu erklären, welche 40 Mio. zusätzlich für die Prämienverbilligung vorsieht. Ebenso lehnte die bürgerliche Mehrheit einen Antrag der SP-Fraktion ab, welche 1 Mio. Franken für die Anschlussbeschäftigung von LehrabgängerInnen forderte. Dabei wäre es für BerufseinsteigerInnen zentral, dass sie nach der Ausbildung im Betrieb Erfahrungen in der Berufswelt sammeln können. Die Betriebe wären dabei vom Kanton finanziell unterstützt worden. Ebenfalls kein Gehör fand der Antrag für einen Sonderkredit von 3 Mio.

Franken für das Energieförderprogramm für die kommenden drei Jahre. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Förderprogramm haben gezeigt, dass die Gesuche zunehmen und die Gelder nicht ausreichen.

### **Nächstes Sparpaket kommt**

Die rigiden Sparvorgaben der Finanzkommission für 2011 mit der Beschränkung des Bezugs aus dem Eigenkapital von 150 Mio. Franken zwingen zu einem weiteren Sparpaket ohne Einbezug aber zu Lasten der St.Galler Bevölkerung. SP-Kantonsrat Ruedi Blumer stellt dazu fest: „Die Regierung macht ihren Job hervorragend. Was die Finanzkommission hier fordert ist anmassend und völlig unnötig.“ Diese Vorgaben werden in der Februarsession nochmals zur Sprache kommen müssen.

### **Das Volk soll über teure Strassenprojekte befinden können**

Die SP-Fraktion hat am heutigen Sessionstag eine Motion eingereicht, welche für grosse Strassenbauprojekte das obligatorische Referendum vorsieht. Damit soll sichergestellt werden, dass das Volk über Tiefbauprojekte, die hunderte Millionen Franken kosten, befinden kann.

01.12.2009

Weitere Auskünfte:

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

## **29. November Abstimmungen**

### **„ .... der werfe den ersten Stein“**

**Kein Demokrat, weder in der Schweiz noch im übrigen Europa, war auf das Ergebnis der Abstimmung zum Minarett-Verbot gefasst. Zum allgemeinen Entsetzen kam der Vorwurf:**

**Die übrigen Parteien haben die Initiative der SVP nicht ernst genommen und so das Ergebnis gefördert.**

**Nicht nur Bea Heim hat sich in der Schweiz energisch gegen die Hetzer gewandt.**

**Kein Volk Europas wäre stolz über ein solches Ergebnis. Aus Angst den gesunden Menschenverstand zu vergessen ist unangenehm.**

**Die leider gar nicht so seltenen zustimmenden Kommentare aus der europäischen (auch deutschen) Nachbarschaft machen deutlich:**

**Der Ungeist des Rechtsextremismus ist lebendig und ist beileibe kein isoliertes Schweizer Problem.**

**Wir haben in Europa Jahrhunderte gebraucht zu Friedfertigkeit, Toleranz und demokratischem Verhalten. Der Prozess ist noch nicht vollendet.**

**Die Kritik am Schweizer Stimmbürger und der unmittelbaren Demokratie zeugt auch nicht von besonderer Toleranz. Das viel bewunderte Modell einer solchen Demokratie weist wie andere Modelle eben auch Schwachstellen auf. Eine davon hat**

mit menschlichem Verhalten zu tun. Manchmal entscheidet der Wähler eben emotional und von Ängsten und Vorurteilen gesteuert.

Karl-Heinz König

**Nein** zum Minarett –Verbot

## Der Himmel ist weit genug



**Die Freiheit zu glauben oder nicht, seinen Glauben zu leben oder nicht, das ist eine der fundamentalen Errungenschaften unseres Bundesstaates seit 1848.** Bea Heim

Die Minarett-Initiative widerspricht dem Gebot der Rechtsgleichheit und missachtet die konfessionelle Neutralität unseres Staates sowie die Religionsfreiheit. Sie stigmatisiert und diskriminiert eine einzige Glaubensgemeinschaft. Zwar ist das Minarett für den islamischen Gottesdienst nicht zwingend, aber Kirchtürme sind es für den christlichen auch nicht.

Hetzerisch werden alle Muslime unter Generalverdacht gestellt, den Rechtsstaat nicht zu respektieren, ihn zum Kippen bringen und die Scharia einführen zu wollen. Dass Fundamentalismus vor Gewalt nicht zurückschreckt, lehrt uns unsere eigene Geschichte. Was aber ein Bauverbot nützen soll, ist schleierhaft. Extremismus keimt aus der Wut und Enttäuschung über Unterdrückung und Ausgrenzung – und genau das provoziert die Initiative: Zeuseln mit politischem Kalkül. Sie schürt die Angst vor dem Verlust von Arbeit und Rente. Andersdenkende und Fremde werden zu Opfern dieser üblen Sündenbockpolitik. Heute sind es die Muslime – wen trifft es morgen?

Den Initianten geht es nicht um Türme, sie führen einen Kreuzzug gegen den Islam. Wieso haben die Initianten so wenig Vertrauen in unsere eigenen Werte? Weil sie selber diese gar nicht achten? Ihr abgewählter Bundesrat verhöhnnte unseren Rechtsstaat. Ist das auch die Absicht der Initianten? In der Schweiz werden Terrorismus, Zwangsheirat und sexuelle Verstümmelung nicht toleriert. Dafür gibt es ein Strafgesetz. Es ist falsch, den Islam als Teufel an die Wand zu malen und dabei zu verschweigen, dass wir seit 150 Jahren friedlich mit MuslimInnen zusammenleben. Es gilt das Verbindende zu leben: Der

Islam will wie das Christentum und andere Religionen eine ethische Grundhaltung im Leben vermitteln.

Die Initiative ist reine Symbolpolitik: Dank ihr gibt es keinen islamistischen Extremisten weniger. Die Gewalt nimmt vor allem bei Hooligans oder im Sex-Milieu und dem damit verbundenen Menschenhandel zu.

Die Initiative ist unsinnig: Ein Bauverbot gehört nicht in die Verfassung. Minarette sind Türme und unterstehen dem Bau- und Raumplanungsrecht sowie den Lärmvorschriften. Wo die Minarette stören, werden auch keine gebaut.

### Die Initiative fördert, was sie zu bekämpfen vorgibt.

Die Initiative schadet der Schweiz: Sie exponiert die Schweiz als anti-islamisches Land. Das schadet unserem Ansehen, unserer Wirtschaft und kostet Jobs.

Die Initiative in ihrer Intoleranz ist gefährlich: Sie macht Moslems zu Islamisten. Damit fördert sie, was sie zu bekämpfen vorgibt: Religiös begründete Verbote sind der Nährboden

[bea.heim@parl.ch](mailto:bea.heim@parl.ch)

Nationalrätin aus dem Kanton Solothurn und Mitglied der Staatspolitischen Kommission (SPK)



aus:

Links 103/November 2009



## Jugendwohlfahrt zum Schutz der Kinder ausbauen

Personalaufstockung wäre ein erster Schritt

Die Jugendwohlfahrt ist eine wichtige Institution, welche u. a. die Aufgabe hat, Kinder und Jugendliche vor Gewalt, Verwahrlosung oder anderen Fehlentwicklungen im familiären Umfeld zu beschützen. Im Jahr 2008 wurden dabei etwa 9000 Kinder und Jugendliche aufgrund einer Intervention bzw. Beschwerde registriert. Das sind etwa zehn Prozent der jungen Vorarlbergerinnen und Vorarlberger bis 19 Jahre.

„Seit 2002 hat sich die Zahl der Beschwerden bis zum Jahr 2008 um 62 Prozent gesteigert, das Personal jedoch wurde nicht aufgestockt“, legt SPÖ-Abgeordnete Dr. Sprickler-Falschlunger einen gravierenden Misstand bei der Jugendwohlfahrt dar.

Obwohl die Bezirkshauptmannschaften insgesamt sieben neue Stellen angefordert hätten, seien von der zuständigen Landesrätin Schmid lediglich zwei neue Posten in Aussicht gestellt worden.

Etwa ein Drittel bis ein Viertel der Interventionen müssten daher aufgrund mangelnder Personalressourcen ohne persönlichen Kontakt – lediglich aufgrund eines Telefonats – beurteilt und abgehandelt werden. Und dies ist für Sprickler-Falschlunger, SPÖ-Bereichssprecherin für Soziales und Pflege, ein nicht akzeptabler Zustand, weil dadurch die Gefahr zu groß sei, dass Fehler zu Lasten der Kinder passieren.

Zur Entlastung des stationären Bereiches, wo ebenfalls zu geringe Kapazitäten vorhanden seien, müsse dringend eine Verbesserung des ambulanten Bereiches erreicht werden, so Sprickler-Falschlunger weiter.

Dass Landesrätin Schmid im Sozialbereich einmal mehr untätig bleibt und nur den Sparstift vor Augen hat, ist für SPÖ-Clubobmann Ritsch nicht nachvollziehbar. Ritsch zweifelt an der Kompetenz der Sozial-Landesrätin und möchte deshalb gemeinsam mit den Oppositionsparteien FPÖ und Grüne erreichen, dass das Ressort von Schmid an Landesrätin Andrea Kaufmann übertragen wird.

Ritsch ist sehr wohl bewusst, dass die gesellschaftliche Entwicklung, beispielsweise die Zunahme von Scheidungen, auch in der Jugendwohlfahrt eine entscheidende Rolle spielt. Umso mehr sei es deshalb höchste Zeit, sich auf die längst stattfindenden Veränderungen einzustellen. Die dafür nötigen finanziellen Mittel dürften den Kindern und Jugendlichen jedenfalls nicht aus Kostengründen vorenthalten bleiben. Ein Antrag auf Bewilligung von acht zusätzlichen Stellen wurde bereits von der SPÖ im Landtag eingebracht.

SPÖ-Express, 27.11.2009

## **SPÖ-Vorschlag bringt 50 Millionen Euro mehr fürs Land**

**Ausgabenvorschläge daher gut finanzierbar**

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat am Mittwoch, den 2.12.2009, dem Finanzausschuss ihre Vorschläge für das Budget 2010 unterbreitet. Dabei hat dieser Budgetvorschlag entgegen anders lautender Aussagen aufgezeigt, dass die von der SPÖ eingebrachten - vorwiegend sozialen und bildungspolitischen - Anliegen durchaus finanzierbar wären. Haupteinnahmequelle wäre dabei die lange geforderte Einführung einer Vermögensbesteuerung, welche etwa 50 Millionen Euro einbringen würde.

„Man sollte dahingehend etwas unternehmen, dass besonders vermögende Menschen, die im Verhältnis zu ihrer finanziellen Situation nur wenig für das gesellschaftliche Wohl aller Österreicher beitragen, künftig einen angemessenen finanziellen Beitrag dazu leisten müssen“, findet Ritsch. „Diese Maßnahmen würden allein für Vorarlberg etwa 50 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen“, erläutert Ritsch die finanziellen Auswirkungen dieser Gesetzesänderung. Die Einführung einer Vermögenssteuer für erhebliche Vermögen über EUR 500.000,- trifft jedoch auf keinen Fall den durchschnittlichen „Häuslebauer“ oder Wohnungsbesitzer, so Ritsch.

Stellt man diese Einnahmen den von der SPÖ aufgelisteten Ausgaben von etwa 27 Millionen Euro gegenüber, ergibt sich sogar ein Überschuss.

Die Beiträge zur Entlastung der Gemeinden belaufen sich auf etwa 15 Millionen Euro. Die kostenfreie Kinderbetreuung, welche die SPÖ für Kinder bis sechs Jahre fordert, würde mit sieben Millionen Euro zu Buche schlagen. Dabei spielt vor allem der Verzicht der Gemeinden auf die Elternbeiträge eine wesentliche Rolle.

Beim Thema Bildung befürwortet die Sozialdemokratische Landtagsfraktion das Prinzip der Ganztagschulen in verschränkter Form, was bedeutet, dass sich die festgelegten Unterrichtseinheiten mit Erholungsphasen sowie Freizeitmöglichkeiten abwechseln sollten. Bis zur Umsetzung dieser Ganztagschulen sollen die jetzigen Schülerbetreuungseinrichtungen dahingehend gefördert werden, dass Gemeinden keine Elternbeiträge einheben müssen. Für die Mehrausgaben betreffend Schülerbetreuung und das Schulstartgeld wurden von der SPÖ vier Millionen Euro veranschlagt.

Sonstige kleinere Positionen (wie z.B. die Maßnahmen für Frauen oder die Jugendwohnungen) für Lehrlinge und die Jugendwohlfahrt enthalten ergeben eine weitere Million Euro. Darin sind auch die Ausgaben für Lehrlinge und die Jugendwohlfahrt enthalten.

SPÖ-Express, 04.12.2009

## **Jäger möchte verbesserten Gewalt-Schutz für Frauen**

**Fußfesseln sollen verurteilte Täter fernhalten**

Das neu erlassene Gewaltschutzgesetz war Grundlage für die Errichtung der ersten Gewaltschutzstelle in Vorarlberg. Das zweite Gewaltschutzgesetz, das heuer beschlossen wurde, bringt erneut Verbesserungen für die Betroffenen. So wurde zum Beispiel die „einstweilige Verfügung“ von drei auf sechs Monate verlängert. Dadurch werden Betroffenen mehr Chan-

cen geboten, aus einer Gewaltbeziehung auszusteigen.

Gerade in Krisenzeiten müssten finanzielle Mittel für diese Einrichtungen und für Opferschutz sichergestellt werden, erklärt SPÖ-Abgeordnete Mirjam Jäger. „Denn durch die angespannte wirtschaftliche Situation, die verbunden mit Arbeitslosigkeit und Zukunftsängsten den Druck auf die Familien erhöhen kann, entsteht zwangsläufig mehr Konfliktpotenzial.“

Trotz gerichtlicher Verfügung, dass gewalttätige Männer ihren Ex-Partnerinnen aufgrund häuslicher Gewalt fernbleiben müssen, werden auch in Vorarlberg zahlreiche Frauen weiter von diesen bedroht und terrorisiert. In Österreich missachtet jeder zehnte Täter das Gerichtsurteil.

Aus diesem Grund greift SPÖ-Frauensprecherin Mirjam Jäger den Vorschlag auf, diesen Wiederholungstätern elektronische Fußfesseln oder elektronische Armbänder zu verpassen. Diese schlagen Alarm, sobald die Verurteilten den Frauen zu nahe kommen. Gleichzeitig werden das Opfer und auch die Polizei verständigt.

„Diese Frauen müssen besser geschützt und unterstützt werden“, findet Jäger. Die Frauensprecherin begrüßt deshalb auch die Informationskampagne der Arbeiterkammer und der IFS-FrauenNotwohnung, mit der sie Betriebsrätinnen- und -räte in den Unternehmen zum Thema Gewalt gegen Frauen sensibilisieren möchten.

Das Ziel aller frauenpolitischen Maßnahmen der SPÖ in diesem Bereich sei es, Frauen eine gesicherte Existenz und ein sicheres, selbstbestimmtes Leben - frei von Diskriminierung, Angst und Gewalt - zu ermöglichen. Für dieses Ziel würden sich die SPÖ-Frauen auch weiterhin intensiv einsetzen. In den nächsten Tagen etwa werden in ganz Österreich Zeichen gesetzt, und zwar in Form von Fackelzügen, Lesungen oder Pfeifkonzerten. In Vorarlberg wird die Aktion der SPÖ-Frauen am 4.12.09 um 17:30 Uhr am Busbahnhof in Feldkirch stattfinden.

SPÖ-Express, 04.12.2009

**SPD Kreis Biberach  
MdB  
Martin Gerster**

**Politischer Martini in Laupheim**

**„Die SPD ist die  
Schienenpartei“**

**Wolfgang Drexler, stellvertretender Landtagspräsident, SPD-Abgeordneter und Sprecher des**

**Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, hat beim Politischen Martini der SPD in Laupheim deutliche Worte gefunden. Er machte wie der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster seiner Partei wieder Mut und stellte außerdem die Vorteile des Projekts Stuttgart 21 heraus.**

In seiner kurzen Begrüßung hatte zuvor Frederic Striegler, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Laupheim, das starke Engagement der SPD im Landkreis Biberach herausgestellt. „Die SPD hier bei uns im Kreis wird stärker und wir gewinnen ständig Mitglieder hinzu“, so Striegler, „wir sind eine Mitmachpartei.“



Auch Martin Gerster machte Mut und wies auf seinen Erststimmenzuwachs von knapp vier Prozent hin: „Ein Licht in der Dunkelheit.“ Doch dieses positive Zeichen werde von dem katastrophalen Wahlausgang der Bundestagswahl insgesamt überschattet, der seine Ursache unter anderem in Fehlentscheidungen, der 2005 beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung und der fehlenden Machtoption der SPD, abgesehen von einer weiteren großen Koalition, gehabt habe. Anspielend auf die Tradition des Abends, meinte er: „So gut wie St. Martin passt keiner zur SPD, außer vielleicht St. Nikolaus, der ist sozial, gerecht und rot.“ Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung hingegen sei vieles, aber nicht barmherzig. „St. Martin würde sich beim Anblick dieses Vertrages auf sein Pferd setzen und davon reiten.“ Fakt sei, dass das Volk durch diese Wahl viele von der SPD hart erkämpfte Rechte und Strukturen nun wieder verlieren werde, zum Beispiel das paritätisch finanzierte Gesundheitssystem. Im Koalitionsvertrag seien auch keine Maßnahmen für Menschen vorgesehen, die mit sittenwidrigen Löhnen leben müssten. „Arbeit muss sich wieder lohnen, auch für Menschen, die hart arbeiten müssen für 3-4 Euro die Stunde, und von denen gibt’s auch im Landkreis Biberach viele.“ Der Wahlspruch der FDP gelte anscheinend nur für die, die sowieso

schon zu viel Geld haben. „Es wird mit Steuerentlastungen genau den Menschen geholfen, die diese Hilfe nicht brauchen.“ Diese Auffassung Martin Gersters bekam von den rund 50 Anwesenden im Laupheimer Gartenheim viel Beifall.

„Die SPD muss wieder mit den Menschen ins Gespräch kommen“, ergänzte Wolfgang Drexler. 75% der Bürger hielten die Gesellschaft nicht für gerecht, 80% fänden die Atomenergie schlecht, 65% wollten ein paritätisch finanziertes Sozialsystem und 70% ein gerechtes Einkommenssteuersystem. „Doch um diese Chance zu nutzen muss die SPD sich öffnen“, so Drexler. „Man muss vermitteln, was sozialdemokratische Politik ist“, eine Stärke die die SPD noch bis in die 90er Jahre hinein hatte. „Wenn wir unsere Glaubwürdigkeit wieder haben, sind die Konservativen weg von der Regierung.“

Wolfgang Drexler berichtete zudem über die Planungen zu Stuttgart 21, Kosten etwa vier Milliarden Euro, mit der neuen ICE-Strecke von Stuttgart nach Ulm, Kosten noch einmal zwei Milliarden Euro. Seit 1992 vertritt die SPD dieses Projekt, das von Bund, Land und der EU finanziert wird. Auch ein zusätzlicher Bahnhof am Flughafen soll dafür sorgen, dass die Straßen in und um Stuttgart ruhiger werden, nicht zuletzt, weil sich beispielsweise die Zugfahrtzeit Ulm – Stuttgart damit auf 28 Minuten halbiert. „Wir wollen, dass sich bei Strecken unter 700 Kilometern das Flugzeug nicht mehr lohnt“, erklärte Drexler. Wer wie die Grünen das Projekt Stuttgart 21 ablehne, hänge Baden-Württemberg vom internationalen Schnellbahnnetz ab und mache die Schiene unattraktiv, deshalb gelte: „Die SPD ist die Schienenpartei.“ Zum Abschluss ehrte Ortsvereinsvorsitzender Striegler das Ehepaar Hedwig und Rolf Emmerich für 40 Jahre Parteizugehörigkeit mit Urkunden und Geschenken und benannte die Verdienste der beiden: „Hedwig hatte beinahe jedes Vorstandsamt inne, unter anderem war sie Vorsitzende und organisierte 1996 die Hundertjahrfeier der Laupheimer SPD. Rolf war 13 Jahre Kreisrat und 31 Jahre Gemeinderat; sein politisches Kind ist das Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim, das es ohne ihn nicht geben würde.“

24.11.2009 **Bürgerbüro Martin Gerster MdB**

## **SPD-Bundestagsfraktion**

### **Martin Gerster MdB erhält Sprecheramt**

BERLIN/BIBERACH - Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster ist in der SPD-Bundestagsfraktion zum neuen sportpolitischen Sprecher gewählt worden. Der 38-Jährige koordiniert und verantwortet in der neuen Wahlperiode damit die Sportpolitik der SPD-Bundestagsfraktion im erweiterten Führungskreis der Fraktion. Die Mitglieder der SPD-

Fraktion im Sportausschuss des Bundestags hatten den Biberacher zuvor einstimmig für das Sprecherramt nominiert, in der Gesamtfraktion erfolgte am Dienstagabend die Bestätigung. Gerster bekommt mit dem neuen Amt einen Fraktionsreferenten und bezieht im Bundestag neue Büroräume. „Ich freue mich über das Vertrauen der Fraktionsmitglieder“, so der Biberacher nach der Wahl, „es ist für mich Ehre und Verpflichtung zugleich.“

Ehrenamtlich ist Martin Gerster Präsident des Deutschen Sportakrobatikbunds und in der Sprechergruppe der nichtolympischen Verbände im Deutschen Olympischen Sportbund. In seiner Jugendzeit spielte Martin Gerster beim FV Biberach und beim TSV Reute Fußball und war in der Ski- und der Schachabteilung der TG Biberach aktiv. Außerdem war er nach dem Abitur Pressewart und Stadionsprecher beim FV Biberach. Seit einem Kreuzbandriss vor einigen Monaten ruht sein Engagement in der Abgeordnetenfußballmannschaft des Bundestags, dem „FC Bundestag“.

25. November 2009

**Wolfgang Heinzel, Büroleiter  
Bürgerbüro Biberach**

### **„Verteidigungsminister Jung sollte persönliche Konsequenzen ziehen“**

#### ***MdB Martin Gerster zum Rücktritt des aus Oberschwaben stammenden Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan***

BERLIN/RIEDLINGEN - Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster bedauert die Ablösung des Generalinspektors der Bundeswehr, Wolfgang Schneiderhan. Er sprach dem in Riedlingen geborenen General seinen ausdrücklichen Respekt dafür aus, mit seinem Schritt Verantwortung für die katastrophale Informationspolitik des Bundesverteidigungsministeriums zu übernehmen. „Diese Entscheidung ist richtig und konsequent“, erklärte Gerster: „Die eigentliche Verantwortung trägt jedoch Franz Josef Jung (CDU), der endlich den Anstand haben sollte, persönlich Konsequenzen zu ziehen.“ Schließlich sei der frühere Verteidigungsminister entweder nicht willens oder nicht in der Lage, ein Ministerium zu führen. „Wer als Verteidigungsminister das Parlament und die Öffentlichkeit bestenfalls oberflächlich, schlimmstenfalls aber bewusst falsch informiert, beschädigt das Ansehen der Bundesregierung, der Bundeswehr und letztlich das Vertrauen der Menschen in unsere Demokratie.“

Dass Schneiderhan seinen Hut haben nehmen müssen, bedauerte Gerster angesichts dessen nachweislicher Verdienste um die Bundeswehr: „Ich habe Herrn Schneiderhan stets als angenehmen und pflichtbe-

wussten Menschen kennen gelernt, der innerhalb und außerhalb der Truppe hohen Respekt genoss.“ Unabhängig davon sei eine kompromisslose Aufklärung der Vorfälle in Afghanistan dringend notwendig. Von Jungs Amtsnachfolger Verteidigungsminister zu Guttenberg (CSU) erwarte Gerster deshalb eine rückhaltlose Kooperation bei der Darlegung des Sachverhalts im Verteidigungsausschuss. Andernfalls führe an einem Untersuchungsausschuss kein Weg vorbei.  
27. November 2009      **Wolfgang Heinzel, Büroleiter**  
Bürgerbüro Biberach

## **MdB Gerster erwartet Bürger zur Sprechstunde**

BIBERACH (zel) - Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Biberach können mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster am Donnerstag, 10. Dezember, ohne Terminanmeldung ihre Anliegen besprechen. Gerster veranstaltet in seinem Bürgerbüro an diesem Tag zwischen 10 und 12 Uhr wieder eine Sprechstunde.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof an der Poststraße 7. Weitere Informationen gibt es über Telefon 07351/3003000, Telefax 07351/3003001,

E-Mail [martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de) und Internet [www.martin-gerster.de](http://www.martin-gerster.de)

### **BayernSPD SPD Kreisverband Lindau**

## **Verkehrsinfrastruktur im Allgäu weiter zügig ausbauen!**

Kempton, 30.11.2009 – In einem Schreiben an den neuen Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer setzt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Heinz Paula, Betreuungsabgeordneter im Allgäu, für den weiteren zügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Allgäu ein. „Das Allgäu hat in den letzten Jahren mit Bundesregierungen unter Federführung der SPD in der Verkehrspolitik große Fortschritte erzielen können. Die Fertigstellung der Autobahnen A7 und A96 sind wahre Meilensteine, ebenso der Ausbau wichtiger Teilstücke der B19,“ so der Bundestagsabgeordnete. „Das sind Erfolge, auf die wir unter früheren konservativen Regierungen vergeblich gewartet haben!“ Paula fordert den neuen Verkehrsminister auf, diese sozialdemokratische Verkehrspolitik weiterzuführen und die Verkehrsinfrastruktur im Allgäu weiterhin zügig auszubauen. Dazu zählt der Betreuungsabgeordnete die rasche Elektrifizierung der Bahnstrecke

München-Lindau sowie den vierspurigen Ausbau der B12 zwischen Kempten und Buchloe. Hier erinnert Heinz Paula Verkehrsminister Ramsauer an sein Versprechen, das er den Kaufbeuern im Wahlkampf gegeben hat: „Des mit der Autobahn, des machmer.“  
30.11.2009      **Wahlkreisbüro Heinz Paula, MdB**

## **Hilde Mattheis unterstützt Proteste der Studierenden**

„Die Proteste der Studierenden zeigen, wie alarmierend der Zustand an unseren Universitäten und Hochschulen ist. Der Bologna-Prozess hat die Lernbedingungen für die Studierenden verschärft statt verbessert,“ erklärte die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg, Hilde Mattheis, bei einer Studierenden demonstration in Ulm.



„Wir brauchen eine kritische Überprüfung des Bologna-Prozesse unter Beteiligung der Studentenschaft“, forderte Mattheis und verwies auf den Beschluss für bessere und gerechtere Bildung, den die SPD am Wochenende auf ihrem Parteitag in Dresden gefasst hat. „Unser Ziel ist eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Master.“

„Ausgerechnet im wohlhabenden Baden-Württemberg sind die Ausgaben für Bildung zu gering“, erklärte Mattheis weiter. „Die Finanzsituation im Hochschulbereich wird sich angesichts der drohenden Rekordverschuldung mit einer Regierung Mappus absehbar weiter verschlechtern – und dies verstärkt durch die Kapazitätsprobleme, die sich durch den doppelten Abiturjahrgang 2012 ergeben werden.“ Zusätzliche Finanzmittel für die Bildung könnten durch eine Ausgestaltung der Erbschaftssteuer freigesetzt werden, oder durch die Einführung einer Vermögenssteuer, wie sie die SPD auf ihrem Parteitag in Dresden beschlossen hat.

Das von der schwarzgelben Bundesregierung angekündigte Stipendienprogramm (zehn Prozent der Studenten sollen monatlich 300 Euro erhalten) lehnt Mattheis ab: „Ein solches Stipendienprogramm verstärkt die sozial selektive Grundtendenz im Bildungsbereich und damit soziale Ungleichheiten. Statt

dessen brauchen wir ein modernes BAföG, das der Lebensrealität der Studierenden gerecht wird.“

Weiter spricht sich Mattheis für die Wieder Einführung der verfassten Studierendenvertretung mit allgemeinpolemischem Mandat aus. „Das Verbot durch den damaligen Ministerpräsident Hans Filbinger war ein antidemokratischer Hoheitsakt. Dass die Wiedereinführung immer noch auf sich warten lässt, ist ein historischer Anachronismus und Zeugnis für die demokratische Unreife der Filbinger-Nachfolger-Regierungen.“

17. November 2009 Büro Hilde Mattheis, MdB

## Hilde Mattheis zur Mitgliederbefragung:

**Liebe Genossinnen und Genossen,**

wir haben mehr innerparteiliche Demokratie gewagt und gewonnen. Die Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz war der erste wichtige Schritt zur Erneuerung der SPD.

Ich danke allen, die mir ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben und allen, die sich an der Befragung beteiligt haben.

Mein Dank gilt besonders den UnterstützerInnen, die auf [www.hilde-waehlen.de](http://www.hilde-waehlen.de) für mich Position bezogen haben und allen aus der DL 21 und insbesondere der JL, die sich in der Sache engagiert haben. Ohne diesen großen Einsatz wären 37 % nicht möglich gewesen.

Dieses gute Ergebnis bestärkt uns in unserem Einsatz für eine linke Volkspartei SPD mit klarem Profil.

Ich bitte alle, sich auch weiter in den politischen Erneuerungsprozess einzubringen, sich auf die eine oder andere Art zu engagieren und sich an unserer sozialdemokratischen Arbeit zu beteiligen.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen eure

Hilde Mattheis, MdB

## Mail an den Roten Seehas

Lieber Genosse Koenig,

als Leser des ROTEN Seehasen vom Bodensee, sage ich der Redaktion herzlichen Glückwunsch.

Herzlichen Glückwunsch sage ich auch zu der Verleihung des SOZIALISTEN HUT an den Genossen Schreiber. Von dieser Sorte Mensch haben wir ja nicht mehr so VIELE.

Herzlichen Glückwunsch sage ich auch an die fast 110 jährige Arbeit.

Es grüßt ein ehemaliger Parteisekretär aus Leverkusen Mit freundlichen Grüßen Rolf Pillekat,

[pillekat@telelev.de](mailto:pillekat@telelev.de)

(besonders herzliche Grüße an Baumgartner ST.Gallen/Pircher Voralberg mit den Genossen aus Bregenz/ die Genossen aus Lindau sowie aus Meersburg und Konstanz) bezug:Reise von Leverkusen an den Bodensee2006

## Termine:

**06.01.2010**

Traditionelles SPD-Dreikönigstreffen in Langenargen mit Dr. Nils Schmid MdL, Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg.

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

**Restaurant "Fischerstüble" im Hotel "Schiff", Marktplatz 1, Eingang seeseitig.**

## Abstimmungssonntag in der Schweiz

*Auch in den ostschweizerischen Kantonen wurde die Volksinitiative für ein Verbot von Minaretten am 29. November mit deutlichen Mehrheiten angenommen. Die gleichzeitig stattfindende Ersatzwahl zum Regierungsrat im Kanton Schaffhausen gewann Christian Amsler (FDP, Stetten). Die Thurgauer StimmbürgerInnen entschieden sich für eine Verringerung der Bezirke.*

Abstimmungsergebnisse der **Volksinitiative für ein Verbot von Minaretten** in den Kantonen im Einzugsbereich der SBI:

Kanton	Beteiligung	Ja	Nein
Schaffhausen	69,6	63,5	36,5
Thurgau	53,3	67,7	32,2
St. Gallen	53,8	65,9	34,1
Appenzell AR	58,2	63,7	36,3

Quelle:

SBI



## LILA BROMBEERE - KOLUMNE VON FRAU SUSI SCHNÄPF

### LACHT, GENOSSINNEN, LACHT!

Liebe Frauen,

Susi Schnäpf kommt kaum noch zu Atem! Puh, was für turbulente Wochen für die Sozialdemokratie. Was haben wir in unserer politischen Arbeit nicht schon alles zu Schultern gehabt! Was haben wir uns in den vergangenen Jahren nicht alles anhören dürfen!

Ich bin froh, dass wir nach der 15. verlorenen Wahl am Stück, endlich ein Ergebnis präsentiert bekommen haben, dass wir eben nicht mehr als SIEG verkaufen konnten.

Ihr werdet Euch vielleicht fragen, warum mich das froh stimmt. Nun ja, wir haben eine Entwicklung innerhalb der Parteienstruktur erlebt, die in einen Stil mündete, der auf Neudeutsch „Top down“ bezeichnet wird. Eine durchlässige Führungsarbeit einzig mit der Richtung: Von oben nach unten! Loyalität mit der Spitze als Auswahlkriterium zur Beschleunigung der Karriere zum „Berufspolitiker“. Loyalität als Auswahlkriterium zur Besetzung von Pöstchen. Wer auf die bezahlte Insel der SPD wollte, musste loyal sein.

Nun zeigte uns das Ergebnis der Bundestagswahl eindeutig, dass ohne genügend Inhalte einfach kein Blumentopf zu gewinnen ist. Uns sind nicht nur die Frauen weggelaufen, nein auch die Jungen konnten bei uns keine inhaltlichen Visionen und Antworten für die Zukunft finden. Erschreckender ist der Umstand, dass wir die meisten Unterstützerinnen und Unterstützer an die Nichtwähler verloren haben. Aua! Über 2 Millionen Menschen, denen es an der Motivation fehlte, überhaupt von ihrem demokratischen Grundrecht Gebrauch zu machen. Wir haben nicht nur die Wahl verloren, sondern vielmehr das Grundvertrauen des deutschen Volkes in die traditionsreiche SPD!

Doch jetzt kommt für mich das absolute Sahnestückchen an der ganzen Sache. Unsere Führung stellt sich hin und weiß überhaupt gar nicht, wie das passieren konnte! Hat das Volk nicht richtig zugehört? Da sind sie auf die Idee gekommen, die Basis zu fragen. Wenn wir schon nicht wissen, woran es gelegen hat, dann geben wir geschwind die Zukunft an die Basis ab.

Puh, da haben die Mächtigen gerade noch mal die Kurve gekriegt! Basisdemokratie, als Zauberwort für

die Lösung aller Probleme. Was sind sie nicht froh, dass ihnen dieser Schachzug eingefallen ist. „OK“, sagten sich die Chefs, auf Länderebene lassen wir die Basis mitmischen, doch die Bundesführung geben wir nicht in die Hand unserer Mitglieder. Wohl dem, der sich an das letzte Mal erinnert J Oh, die Scharpingära!

Gut, vielleicht ist dieses Vorgehen gar nicht so schlecht. Hat doch die Basis in der Vergangenheit kaum eine andere Rolle als die der „Plakatkleber“ und „Prospektverteiler“ gespielt. Eine ingewöhnungsphase macht durchaus Sinn. Einen sanften Übergang mit professioneller Anleitung. Auf Kissens im Kreis sitzen und erst mal mit den Betroffenheitskerzen die Richtung tanzen, Flügeldiskussionen führen und Schuldzuweisungen ausdebattieren. Erst danach darf die Basis an die wirklich wichtige Sache, die Inhalte! Doch sage ich der Führung, dass es so einfach nicht sein wird. Wir brauchen keine professionelle Anleitung, wir brauchen den Dialog miteinander. Hinhören statt überhören! Mitmachen statt machen lassen!

Die Zukunft wird es weisen und wir werden Teil sein und aktiv mitgestalten. Ihr Frauen der Basis, lasst euch zurufen: „Beteiligt euch!“, „Mischt mit!“ Wir brauchen euch!

Für den Bund war Dresden ein guter Anfang. Lasst uns lächeln und nach vorne blicken.

Hier im Ländle haben wir, die Basis, unseren neuen Landesvorsitzenden „basisdemokratisch“ gewählt. Susi Schnäpf gratuliert Nils Schmid zur Wahl und ruft ihm zu: „Lieber Nils, lächle und mach mit uns allen einen Laden auf! Nimm uns mit und lass Inhalte wieder in den Vordergrund treten!“

Mit lächelndem Gruß  
Eure

**Susi Schnäpf**

P.S. Es sei mir eine persönliche Anmerkung gestattet:

Liebe Hilde, ich gratuliere Dir zu diesem guten Ergebnis. Bitte bleibe weiterhin in verantwortungsvoller Position. Wir brauchen solche unbequemen, inhaltsstarken Persönlichkeiten.

**Deine Susi Schnäpf!**  
ASF aktuell 05/2009

Quelle:

[Auch der Rote Seehas gratuliert allen auf Bundes- und Landesparteitag Gewählten herzlich und wünscht alles Gute](#)

Die Redaktion

# Links zu Themen aus der Landtagsfraktion Baden-Württemberg

## **Werkrealschule: Innovative Schulkonzepte statt Umsetzung mit Brechstange**

Bei der Umsetzung der neuen Werkrealschule herrscht das reinste Chaos. Zu dieser Einschätzung kommt der SPD-Bildungsexperte Norbert Zeller im Lichte des Streits zwischen Kultusminister Rau (CDU) und der FDP. Dies bestätigten auch kritische Rückmeldungen aus den Kommunen. "Um ihren Schulstandort zu retten, entscheiden sich viele nur unter Druck für die neue Werkrealschule", meint Zeller. In einer Briefaktion an Eltern und Schulträger wendet sich die SPD gegen die Umsetzung der Werkrealschule mit der Brechstange und wirbt zugleich für die Zulassung innovativer Schulkonzepte vor Ort.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4113>  
[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14\\_5298\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5298_D.PDF)  
[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4928\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4928_D.PDF)  
<http://www.spd.landtag-bw.de/cgi-sub/fetch.php?id=332>

## **PKW-Maut: Mappus-Vorschlag finanziell, sozial und ökologisch unsinnig**

Der von CDU-Fraktionschef Mappus vorgeschlagenen PKW-Maut erteilt die SPD eine klare Absage. "Das sind dreiste Abzockversuche bei den Pendlern", sagt SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel. Eine PKW-Maut spüle unter dem Strich nicht mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur in die Kassen, wenn im Gegenzug die Kfz- und Mineralölsteuer gestrichen werden. Sie weise eine soziale Schieflage auf, weil sie Vielfahrer und Oberklassenraser begünstige. "Außerdem enthält eine einheitliche PKW-Vignette für alle im Gegensatz zur Mineralölsteuer keinen ökologischen Steuerungseffekt", betont Schmiedel.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4125>  
<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4099>  
<http://www.spd.landtag-bw.de/cgi-sub/fetch.php?id=316>

## **Bologna-Prozess: Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse nachbessern**

Die SPD-Fraktion sieht den Bologna-Prozess, mit dem die Studiengänge europaweit harmonisiert werden sollen, in einer tiefen Krise. Wissenschaftsexperte Martin Rivoir hat deshalb für das von der Bundesregierung geplante "Bologna-Qualitäts- und Mobilitätspaket" Nachbesserungen gefordert. Die Hochschulen müssten für ihren Mehraufwand gegenüber der bisherigen Studienstruktur erhöhte Finanzaufwendungen erhalten. Jeder Studierende müsse die Chance auf ein Auslandssemester bekommen. Überdies soll jeder Bachelor-Absolvent einen Rechtsanspruch auf die Zulassung zum Master haben.

<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4117>  
<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4116>  
<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4112>

## **Energieeffizienz: Landeseigene Gebäude und Straßenbeleuchtung modernisieren**

Um beim Klimaschutz voranzukommen, macht die SPD Druck für die Steigerung der Energieeffizienz. So wird nach Ansicht des SPD-Energieexperten Thomas Knapp in vielen landeseigenen Gebäuden gleichsam zum Fenster hinaus geheizt. Die Landesregierung müsse mit gutem Beispiel vorangehen und für ihre Liegenschaften eine Konzeption für die Sanierung nebst Finanzierung vorlegen. Hohe Einspar- und Effizienzpotentiale bescheinigt Knapp auch der öffentlichen Straßenbeleuchtung. Das Land müsse hier den Kommunen mit Modellprojekten auf der Basis von LED-Technologie unter die Arme greifen.

[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14\\_4935\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/4000/14_4935_D.PDF)  
[http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14\\_3484\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/3000/14_3484_D.PDF)  
<http://www.spd.landtag-bw.de/index.php?docid=4127>

Redaktion: Martin Mendler  
70173 Stuttgart

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg Konrad-Adenauer-Straße 12  
<mailto:zentrale@spd.landtag-bw.de>

# einladung



## Gesundheit oder Kopfpauschale?

mit Hilde Mattheis,

Bundestagsabgeordnete aus Ulm

Mittwoch, 9. Dezember 2009, 19:00 Uhr,  
im „Einblick“, Hofhalde 11, Konstanz.

Forderungen des DGB zur Gesundheitspolitik sind u. a.:

- Weiterentwicklung des Gesundheitsfonds zur solidarischen Bürgerversicherung.
- Rückkehr zur paritätischen Finanzierung.
- Einbeziehung von Kapitaleinkünften.
- Wirksamere Gesundheitsförderung und Prävention.
- Weg mit der Zweiklassenmedizin!

Doch nach dem Regierungswechsel hin zu Schwarz-gelb wird wieder eine Kopfpauschale ins Gespräch gebracht, außerdem wird von gigantischen Fehlbeiträgen bei den gesetzlichen Krankenkassen berichtet.

Was also kommt auf uns zu?

Das wollen wir gemeinsam mit der Ulmer SPD-Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis diskutieren.

**Der Eintritt ist frei, Interessierte sind herzlich willkommen!**

V. i. S. d. P.: Antje Trosien, DGB-Region Südwürttemberg, Jahnstr. 26, 88214 Ravensburg, in Zusammenarbeit mit dem DGB-Ortsverband Konstanz.

# Impressum

## Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis  
Weinbirnenstraße 5  
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

## Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

e-mail: [roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

e-mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Britta Erfmann:

[britta.erfmann@spd.de](mailto:britta.erfmann@spd.de)

SPD B-W:

[www.spd-bw.de](http://www.spd-bw.de)

Europa-Aktuell:

[Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Gebhardt@europarl.europa.eu)

Büro Hilde Mattheis, MdB:

[Hilde.Mattheis@bundestag.de](mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de)

Dr. Roland Peter, Pressesprecher:

[roland.peter@spd.landtag-bw.de](mailto:roland.peter@spd.landtag-bw.de)

Rudolf Bindig:

[rudolf@bindig.net](mailto:rudolf@bindig.net)

Pressestelle SPD:

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

Internet: [www.spd.de](http://www.spd.de)

Andreas Fuchs:

[palais-blevle@t-online.de](mailto:palais-blevle@t-online.de)

Irene Demuth

[id-demuth@t-online.de](mailto:id-demuth@t-online.de)

Dietram Hoffmann:

[dietram.claudia@t-online.de](mailto:dietram.claudia@t-online.de)

Norbert Zeller, MdL:

[norbert.zeller@spd.landtag-bw.de](mailto:norbert.zeller@spd.landtag-bw.de)

Kantonsratsfraktion SG:

[info@sp-sg.ch](mailto:info@sp-sg.ch)

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

[sulzer@sp-sg.ch](mailto:sulzer@sp-sg.ch)

Bea Heim, NR

[bea.heim@parl.ch](mailto:bea.heim@parl.ch)

Links CH:

[www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch)

SPÖ-Express:

[hubert.loetsch@spoe.at](mailto:hubert.loetsch@spoe.at)

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)

SBI:

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)

Wolfgang Heinzl,

Büroleiter Martin Gerster, MdB:

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

Heinz Paula, MdB

[heinz.paula@wk.bundestag.de](mailto:heinz.paula@wk.bundestag.de)

SPD Kreisverband Lindau:

[www.spd-kv-lindau.de](http://www.spd-kv-lindau.de)

ASF aktuell 05/2009:

<http://asf-bw.de>

Rolf Pillekat:

[pillekat@telelev.de](mailto:pillekat@telelev.de)

Antje Trosien:

[antje.trosien@dgb.de](mailto:antje.trosien@dgb.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

## E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

[roterseechas@kabelbw.de](mailto:roterseechas@kabelbw.de)